

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Verausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Weisenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreizehnpennige Beilage oder deren Raum 30 4.

Inhalt: Können die Bauunternehmer höhere Löhne bewilligen? — Das Unwesen im Baugewerbe. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Tarifstreitigkeiten in Rheinland-Westfalen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Bekanntmachungen der Gewerkschaften. Jahresberichte der Gewerkschaften: Frankfurt a. M. und Hamburg. Berichte. — Zentral-Frankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterkündigung, Subventionen etc. — Aus Unternehmerkreisen. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Gewinnes aus ihrer Arbeitskraft und dem Kapital, mit dem sie arbeitet, zu erlangen sucht und suchen muß, wenn anders unserem Wirtschaftsleben die pulsierende Kraft erhalten bleiben soll. Auch bei der Arbeiterschaft muß eine Steigerung des Lohngewinnes, rein theoretisch betrachtet, anreizend und fördernd auf die Leistungsfähigkeit wirken, d. h. die Arbeitsfreudigkeit erhöhen. Wo freilich das Gegenteil erwiesen ist (was bekanntlich nicht erwiesen werden kann, obwohl sich die Unternehmer alle erdenkliche Mühe geben, die Redaktion des „Grundstein“), ist mit Recht von vornherein in einer Lohnforderung oder einer Lohnerhöhung eine ernste Gefahr für die gesunde Entwicklung des Gewerbes zu erblicken. Solange dieser Beweis aber nicht bündig erbracht ist, kann man keineswegs hohe Löhne an sich als ein Unglück für ein Gewerbe betrachten, da die Lohnhöhe den besten Gradmesser nicht nur für die allgemeine Volkswohlfahrt, sondern auch für die Konsumtions- und Produktionsfähigkeit in einem Gewerbe abgibt. England und Amerika bieten gerade in dieser Beziehung unserem deutschen Wirtschaftsleben ein gutes Beispiel.

Nach einem kurzen Hinweis, daß sich die Unternehmer mit ihren Interessen denen der Gesamtheit unterordnen müßten, fährt der Verfasser fort:

„Weiterhin ist der noch gegen jede Lohnerhöhung erhobene Einwand zu beachten, daß eine Erhöhung der Löhne gleichbedeutend mit einer Erhöhung der Produktionskosten ist, hierdurch aber die Unternehmung und speziell das Privatkapital leicht von der Produktion zurückgeschreckt werden kann. Denn nur selten (z. B. Red. d. Grundstein) sind die Fälle, wo durch ein gleichzeitiges Sinken der Materialpreise, eine Vereinfachung der Betriebsmethoden oder dergleichen betriebstechnische Verbesserungen die Lohnerhöhung für die gesamten Produktionskosten ausgleichen wird. Dennoch muß, wer den wirtschaftlichen Entwicklungsgang des deutschen Baugewerbes im letzten Jahrzehnt verfolgt hat und vorurteilsfrei beurteilt, zugeben, daß die Tatsache diese Befürchtung trotz der stellenweise enormen (?) Lohnsteigerung nicht rechtfertigen.“

Am bedenklichsten erscheint dem Verfasser die etwa mögliche Verringerung des Unternehmergewinnes. Aber auch diese Bedenken weiß er recht überzeugend zu zerstreuen, indem er sehr zutreffend sagt:

„Es ist zu beachten, daß hinsichtlich des Arbeitgeberverdienstes mit der Beschäftigung anspruchsvoller Arbeiter im Baugewerbe im allgemeinen doch immer noch bessere Resultate erzielt sind, als mit bescheidenen Fremdländern, z. B. Italienern und Ungarn. Daher ist das Streben nach Produktionsverbilligung zwecks Gewinnvergrößerung durch geringe Löhne nicht immer erfolgreich gewesen. In vielen Fällen bildet ferner der Unternehmergewinn einen Prozentsatz vom Lohn, wächst also auch mit dessen Erhöhung.“

Diese Darlegungen kommentieren eine so alte Wahrheit, daß wir sie unseren zum Denken erzogenen Arbeitern wahrhaftig nicht zu wiederholen brauchen. Vielleicht ist aber diese Erinnerung den Unternehmern nützlich zur Modifikation ihrer Ansichten und Entschließungen bei den demnächst fortzusetzenden Verhandlungen.

Daß auch die gelegentlichen Krisen kein Schrecken für die Bauunternehmer sind (abgesehen von den „erstklassigen“ Baulöwen) bezeugt eine Notiz in einer der neuesten Nummern des „Zentralblatt“. Die Herren haben in der guten Zeit tüchtig sparen können. In

Verbindung mit einem längeren Artikel über die Nachschubweise der Berufsangehörigen für das Jahr 1906 heißt es:

„Sollte dem wirtschaftlich glänzenden Jahre 1906 eine trübe Zeit des Niederganges folgen, so ist kein Zweifel, daß die vorsichtigen Baugewerbetreibenden in den der letzten, schnell überwundenen Krise folgenden guten Jahren derartige Reserven zurückgelegt haben, daß sie auch die Zeit der Geldknappheit ohne Sorgen um ihre Existenz überstehen können.“

Sie haben keine Not, unsere Herren Meister, sie haben in den fetten Jahren eine gute Ernte gehabt. Eines ihrer Organe, und jedenfalls ein sehr gut informiertes, verkündet dies schwarz auf weiß: Auf die Arbeiter, die den Unternehmern diese Reserven geschaffen haben, ist von diesem Segen leider wenig gefallen; sie haben auch zu der Zeit, als die Unternehmer aus dem vollen wirtschafteten, sehr hart um einige Pfennige kämpfen müssen, und jetzt sollen sie nach dem Willen ihrer „Arbeitgeber“ völlig dem Elend überantwortet werden. Die Unternehmer könnten sehr wohl eine Lohnerhöhung bewilligen, selbst jetzt, in der kritischen Zeit; ja, sie hätten es schon längst freiwillig tun müssen, wenn sie menschlich gegen die Arbeiter handeln wollten. Aber sie wollen nicht! Da es aber feststeht, daß sie eine Lohnerhöhung bewilligen können, werden die Arbeiter sie so lange an ihre Pflicht mahnen, bis sie sagen lernen: Wir müssen!

Das Unwesen im Baugewerbe

erfährt in der „Umschau über die wichtigsten, Gesetzesvorlagen“, einer juristischen Korrespondenz, einige beachtenswerte Abhandlungen, darunter zwei aus der Feder von Juristen. Wir glauben, nicht unterlassen zu sollen, sie wiederzugeben. In der ersten heißt es:

Es gibt solide und unsolide Gewerkschaften. Selbst im solidesten Gewerkschaftszweige kommen einzelne Fälle vor, wo wider Treu und Glauben gehandelt wird. Einzelne Fälle vermögen aber niemals ein Einschreiten im Wege der Gesetzgebung zu rechtfertigen. Nur die Massenverfehlung kann Gesetz erforderlich machen. Im Baugewerbe haben die Mitglieder so überhand genommen, daß ohne energische Eingriffe eine Gesundung unmöglich ist. Ehe wir die Gesetzesvorläufe betrachten, wollen wir die bestehenden Zustände in kurzen Zügen schildern.

Wie manches Danaergeschenk, so beehrte die Millionenstadt Berlin in dem Reiche auch den Kaufmann des. Als die Sache noch neu war, sprach man deshalb von dem Berliner Hausbaurechte. Erst allmählich drang die Kenntnis des Verfahrens in die übrigen Großstädte des Reiches. Man kann sagen, daß es jetzt allgemein bekannt ist. Es haben sich hier und da Parteien gebildet. Der Grundgedanke ist einfach und kein Geheimnis des Baugewerbes. Strohmann und Hintermann gibt es auch sonst. Der formelle Rechtsträger und der Mann der wirtschaftlichen Macht stehen auch sonst nebeneinander. Die gewaltige Durchbildung und Vervollkommenheit hat das Strohmannwesen aber erst im Baugewerbe gefunden. Der Hintermann ist stets der Baualtspekulant. Der Strohmann ist der von ihm eingesetzte Bauunternehmer, der als Eigentümer im Grundbuche eingetragen wird, gegenüber den Baupolizeibehörden die Verantwortung trägt und mit den Baufiskus und Baubauverwaltern die Verträge schließt. Dieser Strohmann muß leblich kreditwürdig, darf aber nur von mäßiger wirtschaftlicher Stärke sein. Seine etwaigen Mittel muß er bald im Neubau festlegen, damit er von der Gnade des Hintermannes abhängig wird. Der Hintermann weiß ihm das Geld an, dessen er zu den Zahlungen an die Baugläubiger bedarf. Dieses Geld zahlt der Hintermann bisweilen aus seiner Tasche. Auch häufiger zahlt es die Bank, für die eine Sicherungshypothek an erster Stelle auf dem Baugrundstücke haftet. Die Bankant bemittelt ihre Zahlungen nach der Entwicklung des Baues und gibt von Baufälligkeit zu Baufälligkeit nur bestimmte Summen her. Der Hintermann birgt ihr, hat aber dafür das Recht, die Auszahlung zu genehmigen oder zu unterlagen. Durch die wohlbedachte Regelung dieser Baugelddarstellungen hat es der Hintermann in der Hand, dem Strohmann die zur Lösung der Arbeiter und ratenweisen Verfrachtung der Bauarbeiter nötigen Mittel zu gewähren oder nicht. Werden die Arbeiter nicht voll gelohnt, so bleiben sie weg. Erhalten die

Volksverrat

treiben deutsche Bauunternehmer zur Zeit, indem sie in Italien und anderen außerdeutschen Ländern Maurer und Bauarbeiter für Deutschland anzuwerben suchen und anwerben, obwohl nach der eigenen Bekundung derselben Unternehmer das Angebot deutscher Arbeiter in diesem Frühjahr so groß ist und auch im kommenden Sommer so groß sein wird, daß die Nachfrage nach Arbeitern nicht nur völlig gedeckt ist, sondern daß Tausende von deutschen baugewerblichen Arbeitern nicht beschäftigt werden können.

Können die Bauunternehmer höhere Löhne bewilligen?

In den letzten Wochen haben wir bis zum Ueberdruß aus Unternehmermunde die Worte gehört, es sei unendlich, die Löhne im Baugewerbe zu erhöhen, da schon jetzt die Baufähigkeit infolge der hohen Kosten dankeberliege und bei noch höheren Löhnen das Gewerbe völlig zu Grunde gehe. Es ist das alte Lied, das uns die Unternehmer bei jeder Gelegenheit vorgelesen haben, ohne dadurch an Wahrheit und Ueberzeugungskraft zu gewinnen. Den übel angebrachten „Prophezeiungen“ der Unternehmer gegenüber ist es nicht uninteressant, an einige Auslassungen eines Unternehmerorgans zu erinnern, in dem zwar auch seit langem die Hege gegen die „frivolen“ Arbeiterforderungen überwiegt, das aber dennoch hin und wieder für die Wahrheit eine Lauge bricht. Es ist das „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“, Diskussionsorgan des Verbandes der Berliner Baugeschäfte und nebenbei Verbandsorgan des „Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe“.

Das „Zentralblatt“ veröffentlichte im Jahre 1905 (Nr. 9) einen mit „L.“ gekennzeichneten Artikel „Zur Theorie der Lohnpolitik“. Nachdem gesagt ist, daß der Ausgangspunkt und das Schwerkraft bei den wirtschaftlichen Kämpfen zweifellos die Lohnfrage sei, heißt es wörtlich wie folgt:

„Ein volkswirtschaftlich und sozialpolitisch falscher Standpunkt ist es, von vornherein jede Lohnerhöhung der Arbeiter als ein Unrecht oder eine Ueberhebung anzusehen. Es ist vielmehr nicht nur ein gutes Recht, sondern es muß als ein durchaus kulturgemäßes Streben gelten, wenn eine Arbeiterschaft mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln — auch der Streit ist ein solches, gelegentlich gewährleistet Mittel — die wirtschaftliche Lage zu heben sucht. Gerade die Arbeiterschaft muß hierfür Verständnis zeigen, da sie ja selbst die Erzielung möglichst hohen

Handwerker nicht die fälligen Raten, so halten sie mit der Lieferung zurück. Der Bau kommt ins Stocken und die Verfertigung wird von der Baubank betrieben. Der Hintermann ersticht das fast vollendete Gebäude. Die Handwerker und die übrigen Baugläubiger fallen mit einem großen Teile ihrer Forderungen aus. Die Werte, die mit ihrem Gelde geschaffen wurden, erhält der Platzspekulant in dem Baue, das er völlig ersticht, nachdem er den Platz dazu teuer verkauft hatte.

Die zweite Abhandlung beschäftigt sich mit dem Bauhuli, dem Zutreiber und Bürger:

Der Bauhündel erzeugt seine typischen Erscheinungen. Die Rollen haben in der Sprache des Baufaches wie in der alten Komödie ihre festen Bezeichnungen. Der Bauplatzspekulant, der als Hintermann fungiert, heißt der Bürger, weil er, wie die Bauleute sagen, den Strohmann und die Baugläubiger „abwürgt“, wenn er den Zeitpunkt für geeignet hält. Der Bürger ist oft eine physische Person. Vornehm ist aber das Gewerbe nicht. Feinere Leute schaffen sich eine juristische Person, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder eine kleine Aktiengesellschaft; unter deren Firma wird dann gewürgt.

Der Bauhuli ist der Strohmann; er ist nach dem Grundbuche der Eigentümer des Bauplatzes und schließt mit den Baugläubigern die Verträge. Vom Kaufschilde braucht er nicht viel zu verstehen. Antreue Buchhalter, verlaufene Kellner, Steintreiber, Kalkträger, aber auch kleine Bauhandwerker finden sich unter den Bauhulis. So mangelte es einer Ahnung von den Schlichen und Pfaffen der Bürger, wenn er zum ersten Male als Bauhuli fungiert. Beim ersten Male denkt aber jeder, daß ihm es gelingen muß, gegenüber dem Spekulant die Oberhand zu gewinnen. „Auf den Änien muß er vor mir liegen“, sagen mit einzelnen kleine Handwerker, die ich vor dem Bürger beim Beginn des ersten Baues warnte. Beim nächsten Male aber doch die Verfertigung in Sicht. Wer wiederholt Bauhuli war, der schied sich in die Verhältnisse; ihm ist das Bauhulium eine proletarische Arbeit wie jede andere, nur daß dabei noch Wergeld durch die Finger geht und der geschickte Mandariner manche Krone oder Doppeltkrone ihrer eigentlichen Zweckbestimmung entfremdet werden kann. Mander Bauhuli wird schließlich zum wirtschaftlichen Desperado. Hat er den Offenbarungseid geleistet, so ist es auch mit der Herrlichkeit des Bauhuliums aus. Nun darf er nichts mehr haben, vor allem nicht mehr Monatslohn als 125. Unter den Bauhulis sind viele vorwiesene Walfenagelrate erhebt und damit in weiblicher Begleitung an die Schweizer Seen oder nach der Riviera fährt. Dann gibt's einen betrügerischen Bankrott.

Der Zutreiber ist der Gefühls des Bürgers. Er kirt die Opfer und lacht sie ins Garn. Selten braucht der Zutreiber einen Bauhuli zu werden. An diesen ist kein Mangel. Aber Handwerker und Lieferanten müssen für jeden Bau mit Vorsicht geboren werden. Wie der Zutreiber verfährt, wird am besten aus einem Beispiele nach dem Leben geschildert. In einem Großstadtkorridor mit reger Bautätigkeit läßt sich ein Glaser nieder. Er war früher in einem großen gewerblichen Unternehmen Fabrikglaser, sparte sich aber einiges Geld und ging an die Schaffung der ersten Selbstständigkeit. Eines Tages erscheint der Zutreiber bei ihm, von Aussehen ein behäbiger und biederer Mann; er gibt ihm einige größere Ausbesserungsarbeiten und läßt sich in ein formales Gespräch ein. Die Ausbesserungsarbeiten werden pünktlich bezahlt, dann gibt's noch gelegentlich einmal einen kleinen Auftrag. Der Zutreiber hat ein sichtliches Interesse an dem Aufstiege des kleinen Geschäftes. An der nächsten Straßenecke wird gebaut. Da sind Glaserarbeiten zu vergeben. Den Glaser reizt schon der Auftrag. Um sicher zu gehen, fragt er, ob man denn auch sein Geld sicher kriegen würde. Doch der Zutreiber entgegnet, da siehe der reiche G. dahinter; bei dem habe noch seiner kein Geld verloren. Nun meldet sich der Glaser beim Architekten, erhält den Kostenanschlag, vorbrud, füllt ihn aus und reicht ihn ein. Die Arbeit wird ihm übertragen. Die ersten Raten erhält er auch pünktlich. Um die weiteren ist ihm nicht bange, da der reiche G. immerwährend auf dem Bau ist, die Ausstattung der Wohnungen bestimmt und sich um alles gekümmert. Er rechnet darauf, daß sich der reiche G. auch um seine Bezahlung kümmern werde. Deshalb verlängert er die fälligen Bezahlungen und läßt sich vertrösten. Das Solz beim Goldhändler hat er noch nicht begahlt; noch gelingt es ihm, eine Stundung zu erwirken. Nachdem aber der Bau ins Stocken geraten und die Zwangsversteigerung beantragt ist, erkennt der arme Mann, daß er für immer ruiniert ist.

Grundfähig ist das Vorgehen des Zutrainers als eine unerlaubte Handlung, als ein Verstoß wider die guten Sitten, anzusehen. Der Beweis des Vorjages ist aber schwierig. Der Geschädigte wird, nun seinen Fall kennen, nicht aber genug andere, woraus dann die böse Absicht des Wiederhankens gefolgert werden könnte.

Der Zwischenstrophmann wird wie folgt abgehandelt:

Das Bauplatzpekulantentum ist ein arbeitsloses Gewerbe. Der schlaue Mann, der es betreibt, ist sich dessen bewußt. Er verachtet darum stets, daß bei „seinen“ Bauten noch nie ein Handwerker einen Pfennig verloren habe. Diese Versicherung wird, zum Teil vom Kenner mit skeptischen Achseln aufgenommen. Der richtige Bauplatzpekulant sucht darum das Odium des Bürgers noch dadurch von sich abzuwenden, daß er zwischen sich und dem Bauunternehmer (Bauhuli) noch einen Zwischenstrophmann einschleibt. Dieser Zwischenstrophmann kann eine physische oder eine juristische Person sein. Auf jeden Fall ist der Zwischenstrophmann eine Kreatur des Bürgers. Im Grundbuche steht er als Eigentümer vor dem Bauhuli eingetragen. Wer ohne Kenntnis der Personen und ihrer Beziehungen das Grundbuche liest, muß glauben, daß der eigentliche Bürger nunmehr seine Hand nicht mehr im Spiele habe. Es sieht so aus, als sei der Bauplatz reell veräußert. In Wahrheit ist die Eintragung des Zwischenstrophmannes von rein formaler Bedeutung. Die Anzeigung, die der Bauhuli geleistet hat, steht in der Liste des Hintermannes, der Zwischenstrophmann bekommt für seine

Arbeit, Votengänge und Verhandlungen nur eine sehr mäßige Vergütung.

Das System des Zwischenstrophmannes kann sich zu einem großen Raffinement auswaschen. Die „Deutsche Immobilienzeitung“ ergab in ihrer Nummer vom 18. Januar 1908 einen Fall, wo ein Bauplatzpekulant ein Grundstück fünfmal mit Nutzen veräußern ließ.

Schließlich erzählt die Demolierung und Plakmannsfrage eine Darstellung:

Die Bauhandwerker, die durch den Zutreiber des Bürgers zu Lieferungen an den Bauhuli bezogen worden sind und denen die Gerichte nicht helfen können, fassen auf Selbsthilfe. In Berlin wurde es üblich, die Fenster, Türen, Ofen usw. wieder aus dem Neubau herauszunehmen, wenn die Zahlung ausblieb. Man bedang sich schließlich auch im Lieferungsvertrage ein Vorgehen für den Fall des Zahlungsausfalls aus. Die Gerichte verweigerten aber die Anerkennung der Demolitionsbefugnis des geschädigten Baugläubigers. Es ist auch nicht zu verstehen, daß in manchen Fällen „unschuldige“ Hypothekengläubiger gefährdet werden können. In der Weizsäckersche Fülle hat aber der Bauplatzpekulant die Bürgerschaft für die Baugeldhypothek geleistet, so daß der Schaden im Endergebnisse gewöhnlich seinen „Unschuldigen“ trifft. Eigennützige Handlungen der in Frage stehenden Art sind aber der Rechtsordnung nie sympathisch.

Ein anderer Ausweg für die Baugläubiger zur Deckung ihres Schadens ist die Inanspruchnahme des Bauplatzspekulanten, des Bürgers oder Plakmannes, wie sie ihn heißen. Nach der derzeitigen Rechtsprechung ist dies aber nicht so leicht. Für die Arbeiterversicherungsbeiträge trägt das Reichsversicherungsamt den Bauplatzpekulant schließlich haften. Das Reichsgericht hat aber eine allgemeine und unbedingte Haftung des Plakmannes für die Baupflichten verneint. Nur wenn ein besonderer Verpflichtungsgrund vorliegt, kann der Plakmann mit Erfolg verklagt werden. Da der Plakmann sich um die Einzelheiten des Baues kümmert, bisweilen auch mit den Handwerkern über ihre Lieferungen oder über Stundungen verhandelt und sie wegen der Zahlungen betrügt, so kann er mitunter entweder als Besteller oder als Bürge in Anspruch genommen werden. Geschädigte Baugläubiger entladen ihm vor Zeugen gelegentlich eine unbedachte Äußerung, worauf sie dann ihre Klage stützen. Ganz gewöhnliche Plakmannen halten sich einen Zwischenstrophmann, der als Verkäufer des Platzes im Grundbuche erscheint und auf dem Bau die Verhandlungen führt. Dann ist es schwerer, den Plakmann zu fassen.

Politische Umschau.

Aus dem Reichstage.

Stat des Reichsministeriums für Sozialpolitik. Große sozialpolitische Generaldebatte. Allerlei Wünsche, Beschwerden und Forderungen. Verunglimpfung und Rechtfertigung der freien Gewerkschaften.

Nachdem die vorhergehende parlamentarische Woche gelegentlich der Beratung der Gewerbeordnungsnovelle bereits eine Reihe sozialpolitischer Debatten gebracht hatte, erfuhr diese mit der am Dienstag, den 3. März, begonnenen zweiten Beratung des Etats des Reichsamt des Innern eine sich weit verzweigende, das ganze große Gebiet der sozialpolitischen Fragen umfassende und erschöpfende Fortsetzung. Kein anderer Etat bietet dazu so sehr Veranlassung als dieser. Handelt es sich doch da um den Nachschuß des Reichsministeriums für Sozialpolitik, dem jetzt Herr v. Bethmann-Hollweg als Nachfolger des Grafen Potzdorff vorsteht.

Vier Sitzungen hat die Debatte bereits in Anspruch genommen; zu ihrer Erledigung werden noch mindestens ebenso viele Sitzungen erforderlich sein.

Herr v. Bethmann-Hollweg besam an Wänschen, Beschwerden, scharfen Kritiken sehr viel zu hören. Daran wird er sich erst gewöhnen müssen. Persönlich kommt er mit 40.000 Gehalt in Betracht.

Zu seinem Etat find nicht weniger als 25 Resolutionen gestellt, die etwa 80 Einzelanforderungen in sich begreifen. Alle Parteien des Hauses sind daran beteiligt. Die Sozialdemokraten beantragen fünf Resolutionen.

Die erste verlangt Schutz der Arbeiter des Baugewerbes bezüglich Einrichtung der Baubetriebe, Unfallversicherung, Bedürfnisanstalten, Unfallverhütungsvorschriften und Baukontrolle.

Eine zweite Resolution verlangt auf Grund des § 120 der Gewerbeordnung Bestimmungen, betreffend geeignete Schutzvorschriften in Glashütten, sowie Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit in Glashütten.

Eine dritte Resolution verlangt Bestimmungen zum Schutze der in Wäls, Gärtenwerken und Metallschleifereien beschäftigten Arbeiter.

Eine weitere Resolution wünscht ein Reichsberggesetz sowie gesetzliche einheitliche Regelung des Knappschaffs.

Die fünfte Resolution verlangt einen Gesetzentwurf zur einheitlichen Regelung aller Arbeits- und Dienstverhältnisse in der Art, daß Zeit, Dauer und Art der Arbeit geregelt werden, wie es die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Gerechtigkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung fordern; ferner soll der verlangte Entwurf die Kranken-, Unfall-, Invaliditäts-, Alters-, Arbeitslosen-, Rente- und Mutterschaftsversicherung ausbauen.

Das Zentrum beantragt: Sicherung und Ausbau des Koalitionsrechts; Regelung der Berufsvereine; Errichtung von Arbeitskammern; bessere Regelung der Sonntagsruhe; Regelung des Zerstreuens z. c.

Zumächst liest der Zentrumsgesandte Giesberts Kritik an den Berichten der Gewerbeinspektoren, deren Tätigkeit vielfach nicht danach gerichtet ist, das Vertrauen der Arbeiter zu verdienen. Gegenüber den weiteren Bemerkungen dieses Redners, betreffend die Notwendigkeit des freien Koalitionsrechts, erklärte der konservative

Abgeordnete Pauli-Potsdam, notwendig sei der „Schutz der Arbeitswilligen“. Es sei nicht zu billigen, daß die Arbeiterorganisationen „übertriebene“ Forderungen stellen, wie die des Achtundzestages und der Freigabe des 1. Mai.

Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Stresemann trat warm ein für eine vom Antisemiten Schacht beantragte Resolution, welche besondere Interessenvertretungen für die Handelsangestellten, die Werkmeister und Techniker verlangt. Diese bilden nach seiner Ansicht einen „neuen Mittelstand“, der gegen die Sozialdemokratie geschützt werden muß.

In zweistündiger Rede verbreitete sich der sozialdemokratische Abgeordnete Robert Schmidt-Berlin über die Lage der arbeitenden Klassen und eine Reihe der wichtigsten Reformfragen. Ausgehend von der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit schilderte er zunächst die Bemühungen der Gewerkschaften, für ihre Mitglieder nach Kräften zu sorgen, um sie über die schlimme Zeit hinwegzubringen, die noch verschärft wird durch die Lebensmittelerhöhung. Gewissen Leute bereite er argen Verdruß durch Erwägung einer Äußerung, die fälschlich der konservative Abgeordnete Dittken in einer Verlesung zu Cottbus getan hat. Dieser „Ordnungspolitiker“ sagte dort: „Die Arbeitslosen in Berlin haben demonstriert, um das geheime Wahlrecht zu erlangen. Mögen sie doch lieber auf das Land gehen und arbeiten. Sie haben in großen Versammlungen die Forderung aufgestellt, daß der Staat Bauten in Angriff nehmen und nach gesellschaftlichen Forderungen die Löhne zahlen solle. Solche Forderungen stellt die Rube, die selbst schuld an der Arbeitslosigkeit ist. Ich habe mit ruhigen, nicht konservativen Leuten gesprochen und diese haben mir gesagt, es wäre besser, wenn mit scharfen Patronen geschossen würde und wenn auch Blut geflossen wäre, denn dann hätten wir uns doch wenigstens „habe verheißt“. Diese Äußerung charakterisiert die ganze Denkartweise des Abgeordneten v. Dittken. Gemäß gibt es Leute, die die Arbeit scheuen, Leute, die nicht Lust haben, etwas zu tun, die in ihrem Leben niemals gesellschaftlich nützliche Arbeit geleistet haben. Wenn aber gerade solche Leute die Arbeitslosen in der Weise verhöhnen, dann ist das nicht nur ein Mangel an sozialem, sondern auch ein Mangel an rein menschlichem Empfinden. Es zeigt keine große Kenntnis des Wirtschaftslebens, wenn man die Arbeitslosen in einer Großstadt eine Bande nennt, die nur mit Patronen zur Rauf gebracht werden könne.

Schmidt erwähnte dann die Frage der Reform der Krankenversicherung und die Notwendigkeit der Ausgestaltung der Arbeiterversicherung überhaupt; die Vorlage über die Arbeitskammern; die gegenwärtige Tätigkeit der Arbeitersekretariate und der Gewerkschaftssekretariate; die Frage der öffentlichen rechtlichen Regelung des Arbeitsnachweises. In jedem einzelnen dieser Punkte verfolgt er die Tendenzen und Forderungen der organisierten Arbeiterkraft und der Sozialdemokratie. Zum Schluß sagte er: „Noch bei jedem sozialpolitischen Fortschritt hat man so alte Gewohnheiten, Mißstände, Uebel verteidigt. Wer Sozialpolitik treiben will, darf sich nicht von den warnenden Stimmen des Unternehmertums zurückfallen lassen, die nur ihre einseitigen Interessen verbellten, sondern muß als ausschlaggebenden Gesichtspunkt Leben und Gesundheit der Arbeiter betrachten. Daß sie genügend geschützt werden, muß der ausschlaggebende Gesichtspunkt unserer Sozialpolitik sein, und eine großzügige Sozialpolitik muß über alle kleinlichen Bedenken hinweg diesen Gedanken durchdringen. Heute ist die Sozialpolitik in viel zu enge Bande gedrängt und viel zu stark unter dem Einfluß des Unternehmertums. Die Arbeiterorganisationen ersetzen zum guten Teile, was die Gesetzgebung den Arbeitern versagt. Aber wir appellieren alle Jahre an die Gesetzgebung, daß sie die Armen, die Hilfsbedürftigen schütze.“

Aus der ersten längeren Rede, die nunmehr der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg hielt, haben wir folgendes hervor: Er kündigte an, daß in den nächsten Tagen mit Vertretern der Unternehmern und der Arbeiter der Hütten- und Walzwerkindustrie eine Reihe von Schlußbestimmungen für die Arbeiter dieser Industrie, die der preussische Handelsminister entworfen hat, beraten werden sollen. Durch die Berücksichtigung des Arbeitskammergesetzentwurfs habe er bestimmt, daß ihm daran liege, die Stimmen der öffentlichen Meinung kennen zu lernen. Der Entwurf sei nicht ein Produkt des Schachmattenspiels, nicht vom Zentralverband der Industriellen veranlaßt worden; es sei nicht wahr, daß die Regierung unter der Patronage dieses Verbandes stehe. Mit diesen Behauptungen hat der Staatssekretär natürlich nichts bewiesen. Er verteidigte den Arbeitskammergesetzentwurf als einen „guten“. Ihm folgte mit einer echten und rechten Scharf, nachher der Reichsparteiler Camp. Dieser Herr hielt das beste Mittel gegen die Arbeitslosigkeit darin, daß man die Arbeitslosen aus dem Land schide, aber keinen Sozialdemokraten „denn vor solchen“, sagt er unter großer Heiterkeit des Hauses hinzu, „habe ich Angst“. Gegen die Arbeiterorganisation und ihren „Terrorismus“ will er Kautelen zum „Schutze der Arbeitswilligen“ geschaffen wissen. Also eine neue Zuchthausgesetzvorlage. Schließlich meinte er, die Sozialdemokraten seien schuld daran, daß die Arbeiter durch die Sozialpolitik nicht zufrieden gestellt werden. Die Sozialdemokratie erzeuge beständig die Unzufriedenheit. Aber ihre „Mißgung“ (1) beweise, daß die Arbeiter sich befinden. (1)

Der Antisemit Bruhn spielte seine Rolle als mittelstands- und ordnungspolitische Demagogie mal wieder ganz vorzüglich. Er sagte: „Das Handwerk bedarf einen besonderen Schutzes gegen den Terrorismus der sozialdemokratischen Arbeiter. Die christlichen Gewerkschaften arbeiten den Sozialdemokraten entgegen, aber die sozialdemokratischen Gewerkschaften beherrschen die Arbeiterkraft und sind ausschlaggebend für die Stellung der Arbeiter in ihren Kämpfen mit den Unternehmern. Bei dem Kampf im Berliner Baugewerbe hat sich in sehr trauriger Weise der Mißbrauch des Koalitionsrechts, des Streikpostens und des Ungehorsams gezeigt. Wäre es den Berliner Bauarbeitern gelungen, den Achtundzestag zu erringen, so wären andere Berufe gefolgt, und dazu ist das deutsche Volk nicht

reich genug. Der Terrorismus der Sozialdemokratie bei diesem Kampf überstieg alles bisher Dagewesene.

Wir wollen diese von blöder Gefäßigkeit strotzende Leistung des antisemitischen Schreiers hiermit gebührend niedriger gestellt haben.

Von dem Polen Kulerski mußten sich die Herren vom Regiment und ihre Bundesgenossen folgendes sagen lassen: „Die Mittel für die Witwen- und Waisenversicherung usw. wären leicht aufzubringen, wenn man die militärischen Aufstellungen mehr einschränken würde. Der „Wahre Jakob“ brachte neulich ein Bild, wo auf der einen Seite schwer arbeitende Leute, auf der anderen schlafende Herren beim Spiel mit Kanonen usw. abgebildet waren. Dieser Bild enthält eine tieftraurige Wahrheit: Millionen von Arbeitern müssen sich abschlachten, um die kolossalen militärischen Aufstellungen zu ermöglichen.“ Herr Kulerski meinte weiter: „Man sollte endlich dazu kommen, einen Minimallohn vorzuschreiben, der es dem Arbeiter ermöglicht, sich eine gesunde Wohnung zu beschaffen und für seinen Lebensabend etwas zurückzulegen, was ihm heute unmöglich ist.“ Von den herrschenden Gewalten einen Minimallohn vorgeschrieben zu erhalten, dafür würden, dessen sind wir sicher, die Arbeiter zumeist nicht zu haben sein. So löst man die Minimallohnfrage nicht, Herr Kulerski!

Der vom Abgeordneten Schmidt-Berlin gezielte konservative Abgeordnete Dietrich will die betreffende Aeußerung in der vorgetragenen Form nicht getan haben. Daß er gesagt, man solle „auf die Bande schießen“, befreit er nicht ausdrücklich. Er verbesserte die Form noch etwas, indem er erklärte, die Demonstranten seien zum großen Teil „unreife Bengels“ gewesen, die nicht wußten, um was es sich handle.“ Dann bekamen die Bauarbeiter noch besonders ihr Teil: „Ein großer Teil der Arbeitslosen besteht aus Bauarbeitern, die im Winter naturgemäß arbeitslos sind, diesmal aber in Not sind, weil sie im Sommer gestreift haben.“ Ist doch ein „grundgeheuer“ Mann, dieser Herr Dietrich! Rühmlichste er bingu: es sei nicht wahr, daß die Steigerung der Löhne aufgewogen werde durch die gestiegenen Lebensmittelpreise. Und schließlich behauptete er, was die Gewerkschaften an Arbeitslosen und sonstigen Unterführungen leisten, sei „ganz minimal“ gegenüber den riesigen Einnahmen der Gewerkschaften, die den Arbeitern „aus den Taschen gezogen werden, um sozialdemokratische Beamte zu ernähren.“ Das ist ja bekanntlich ein alter ordnungspolitischer Gefährlichkeitshumbug, der dadurch, daß irgend ein Feind der Arbeiterorganisation ihn immer aufs neue wiederholt, nichts von seiner Schamlosigkeit verliert.

In der letzten Sitzung, am Freitag, den 6. März, verurteilte der sozialdemokratische Abgeordnete Hoch die Ausführungen seines Fraktionsgenossen Schmidt, speziell hinsichtlich des Krankenversicherungswesens, der Löhntfrage, der Gewerbeaufsicht, der Arbeiterfreundlichkeit der Berufsvereinigungen usw.

Die zum 10. März anstehende Fortsetzung der Debatte wird wohl noch manches Interessante bringen.

Ein Bundesstaats-Parlament gegen den Reichsvereinsgesetzentwurf. Der Landtag des Großherzogtums Koburg-Gotha hat nach langer, heftiger Debatte, in der von den Sozialdemokraten Genosse Wolf sprach, den Antrag Arnold, die Regierung zu ersuchen, im Bundesrat gegen die Verschlechterung des Vereins- und Versammlungsgesetzes der Einzelstaaten zu stimmen, einstimmig angenommen.

Der Präsident Arnold des Sonderlandtags für das Großherzogtum Koburg erklärte in der Debatte, er habe vor einiger Zeit in Berlin mit mehreren Zentrumsabgeordneten Rücksprache genommen, da diese in der Reichstagskommission für die Aufrechterhaltung der in einzelnen Staaten geltenden freieren Bestimmungen gewesen seien, im Gegensatz zum Abgeordneten Müller-Reinigen, der für eine derartige Partikularisierung nicht zu haben gewesen sei. Der Ausschuss des hiesigen Speziallandtages habe ihn beauftragt, sich an die Volksvertretungen von Bayern, Baden, Hessen und Württemberg zu wenden und sie zur Wahrung gegen eine Verschlechterung der einschläglichen Vereinsgesetze aufzufordern, unter Hinweis darauf, daß die Großherzogtümer Koburg und Gotha die einzigen unter den deutschen Bundesstaaten seien, in denen das Vereins- und Versammlungsgesetz nicht durch besonderes Gesetz, sondern durch einen einzigen Paragraphen der Verfassung gewährleistet sei.

Wird das aber in Berlin an „maßgebender“ Stelle verschluckt. Es ist doch eine so schöne Sache um die Verhinderung Deutschlands!

Eine „entartete“ Regierung ist die badiische. Wenigstens nach offiziellen preussischen Begriffen. Sie will die Meinung der Gewerkschaften über den Arbeitsamergesetzentwurf hören. Durch Vermittlung der Fabrikinspektion berief sie die Vertreter der freien und der christlichen Gewerkschaften sowie der Christ- und Sozialvereine in Karlsruhe zusammen. Der Vertreter der freien Gewerkschaften erklärte das Gesetz in der vorliegenden Fassung für unannehmbar; dieser Erklärung schlossen sich die Christ- und Sozialvereine und die Christlichen an. Letztere allerdings mit dem Vorbehalt, daß sie Arbeitsämtern anstehen; denn in diesen erblickten sie die Dokumente des sozialen Friedens. Die Eingeladenen wurden ersucht, ihre Anschauungen schriftlich niederzulegen und der Fabrikinspektion in einer zweiten Versammlung mitzuteilen.

Auch die „Angehöriger“ Handelskammer hat ihre Meinung kundgetan. Sie erklärt, daß der Gesetzentwurf abzulehnen sei, da ein Bedürfnis für Arbeitsämtern nicht bestehe. Zu betonen seien vor allem Arbeiterkammern, die nur eine Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen unter staatlichem Schutz bedeuteten.

Von einer Handelskammer kann man nichts anderes erwarten.

Wie die Unternehmer-Autorität erworbene Rechte vernichtet. Erworbene Rechte der Arbeiter natürlich nur, nicht die des Kapitalismus. „Wohlfahrts“-Einrichtungen für Arbeiter nennen die Unternehmer solche, die darauf berechnet sind, den Arbeiter an ihren Betrieb zu fesseln. Dazu gehören die Arbeiter-Pensionskassen, die auch in dem sogenannten „Musterbetriebe“ der Kruppischen Werke in Essen errichtet worden sind. Die Arbeiter werden gezwungen, in diese Kassen zu zahlen. Aber wenn er freiwillig aus der Arbeit scheidet, so erhält er die eingezahlten Beiträge nicht zurück. Die Gerichte haben die Frage zu entscheiden gehabt, ob diese Zurückbehaltung zulässig ist, und sie haben die Frage bejaht. Der Arbeiter hat seinen Rechtsanspruch auf Zurückzahlung. Denn das ist nun einmal „statutarisch festgestellt“. Reichsgesetzlich aber sollte bestimmt werden, daß solche Ungerechtigkeit nicht zulässig ist.

Ueber den Wert der Arbeiterorganisation äußerte sich kürzlich in einer Versammlung der Driftantenklasse im Solhofener Steinbruchgebiet der Kassenrat Dr. Kruß in bemerkenswerter Weise. Er kam in der Debatte u. a. auf die Frage der Organisation zu sprechen und geistete besonders scharf jene Elemente, die andere kämpfen lassen, ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen und, wenn der Sieg auf die Seite der letzteren fällt, sich dennoch an dem Genuße des Errungenen beteiligen. Für keinen Stand halte er die Organisation so sehr für nötig, als gerade für den Arbeiterstand. Von unorganisierten Arbeitern betrete er sich wenig, sein Respekt vor solchen sei nicht sonderlich groß. Wegen dieser Ausführungen hat der Arzt jetzt eine Klage zu gewärtigen. Die Nichtorganisierten fühlen sich nämlich durch die Rede beleidigt und lassen eine Liste aufstellen, auf der sich alle Arbeiter einzeln nennen sollen. An der Spitze dieser Liste prangt merkwürdigerweise der Name des zweiten „Präsidenten“ der christlichen Gewerkschaft, die er anscheinend so niedrig einschätzt, daß er sich als deren Vorstandsmitglied zu den Unorganisierten rednet.

Es geht doch nichts über hübsch artig dreifürzte Gemüter. Sie sind beleidigt, wenn man ihnen Wahrheiten sagt.

Ueber eine interessante Kundgebung gegen die Autokratie der freisinnigen „Geschäfts“-führer berichtet die „Berliner Volkszeitung“. Es handelt sich um eine Versammlung des freisinnigen Jugendvereins Eugen Richter in Berlin, in der der Reichstagsabgeordnete Guno-Hagen über: „Die soziale Ausgestaltung des Arbeitsvertrages“ sprach. Der inhaltreiche Vortrag behandelte die Frage der Tarifverträge, die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, den Gesetzentwurf über die Arbeitskammern, die Arbeitslosenversicherung usw. und anderes.

In der Diskussion führte der unternehmende Herr Kopisch den Uebergang der Arbeiter zur Sozialdemokratie darauf zurück, daß der freisinnige lange sozialpolitisch rückständig gewesen wäre; er sprach über Mittel und Wege, die Arbeiter zurückzugewinnen. Als er sich, um seinen Speech nach Schema F zu vollenden, nicht enthalten konnte, zum Schluß in bekannter geistloser Weise gegen die „Querebtreiber“ der Herren Barth und Breitheid zu polemisieren, erregte er zahlreiche Kundgebungen des Mißfallens.

Die folgenden Redner, darunter ein Gewerbetreibender, sprachen sich mit größter Entschiedenheit dahin aus, daß der freisinnige nur durch soziale Taten seinen früheren Einfluß zurückgewinnen könne. Dem Arbeiter falle es schwer, einer Partei zu vertrauen, die gegen das Verharmen der Marinebehörden mit den Arbeitern, Organisationen gestimmt hätte; deren Mitglieder in denjenigen Städten, in denen der freisinnige die Macht habe, noch dem unsozialen Geiste des Wandertextumtums der sechziger Jahre huldigen und soziale Forderungen, wie die Arbeitslosenversicherung, die Schaffung von sozialen Ausschüssen, die Übernahme von Arbeiten in städtischer Regie, unter den Tisch fallen lassen. Es sei erforderlich, daß das Eisenacher Programm in folgendem Sinne umgestaltet werde und für die Kommunen soziale Mindestforderungen aufstelle. Als der Vorsitzende, Syndikus Meyer die Kritik freisinniger Abgeordneter und Stadtverordneter einbrachte, sagte (1), fand er den lebhaftesten Widerspruch seitens der Versammlung, die sich entschieden das Recht der freien Kritik, wie sie von den „Eigenbrodern“ ausgeübt werde, gewahrt wissen wollte.

Wenn Arbeiter erst einmal angefangen haben, sich von der freisinnigen Redomundung durch die Kopisch, Mugdan zc. freizumachen, sind sie auf dem Wege zur Sozialdemokratie.

Die Arbeiterleitung der Stundebemut. Wir berichteten über eine Rede, die ein katholischer Geistlicher in Alsenstein als Präses eines Arbeitervereins gehalten hat. In dieser Rede wurde als Hauptpunkt des katholischen Arbeiters demut, Bescheidenheit und Anpruchslosigkeit gelehrt, Mühseligkeit und Faulheit als großes Übel und der Streik als Sündhaft vor Gott und Aufzählung wider das Sittegesetz verurteilt. Ein christlicher Gewerkschaftsblatt, der „Deutsche Metallarbeiter“, nennt das „Erziehung zur klavischen Stundebemut“, und selbst die „Germania“ meint, die Rede des Herrn Präses sei „wenig glücklich“ und „eher geeignet, Arbeiter in das Lager der Sozialdemokratie zu treiben, als im christlichen Lager zu halten, wenn auch grundsätzlich manches darin nicht anzusehen ist.“

Aber die katholische „Frierische Landeszeitung“ findet den Mut, die Stundebemutlehre des Herrn Präses zu verteidigen, indem sie der „Germania“ sagt: „Dann, daß also ein Pfarrer vor seinen Pfarrkindern im katholischen Arbeiterverein nicht mehr die im Christentum allerorten geltenden Grundsätze über Demut und Bescheidenheit, Arbeitsamkeit und Mäßigkeit besprechen und den Arbeitern ans Herz legen.“ Dann ist es weit gekommen... Man bedenke: Pfarrer Lehmann sprach in einem katholischen Arbeiterverein. Wenn nicht einmal dort die katholischen

Grundsätze ausgeprochen und vertreten werden dürfen ohne die Kritik herauszufordern, dann sieht es wahrscheinlich mit der Emancipation der katholischen Arbeiterkraft traurig aus.“ Also nach „christlichen Grundsätzen“ soll sich der Arbeiter zur Hundered mit belennen. Sein Menschentum, sein Menschenrecht gilt nichts. Und mit solchem Wahnsinn glaubt man Arbeiter an das „Christentum“ fesseln zu können?

Eine neue staatliche Liebesgabe für die Agrarier ist geplant. Die Einführung des Kraftbetriebs in der Landwirtschaft soll von Seiten des preussischen Staates gefördert werden. Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat die Landwirtschaftskammern in einem Rundschreiben darauf hingewiesen, daß durch den Etat für 1908 Staatsmittel flüssig gemacht werden sollen, um die Eingliederung leistungsfähiger Kraftwagen in Betrieben oder Art durch geeignete Unterhaltungen zu erleichtern und zu beschleunigen.

Der Minister geht dabei von der Voraussetzung aus, daß auch große Güter, bei denen die Verhältnisse dem Uebergang zum Kraftbetriebe günstig sind, die Gelegenheit benutzen würden, sich hierbei eine staatliche Unterstützung zu sichern.

Da nach Bewilligung der Mittel durch den Landtag baldmöglichst über ihre zweckmäßige Verwendung Bestimmung getroffen werden soll, wünscht das Ministerium, sich schon jetzt einen Ueberblick darüber zu verschaffen, ob zuverlässige und kapitalstärkige Landwirte vorhanden sind, mit denen es mit Aussicht auf Erfolg in dieser Angelegenheit in Verhandlung treten kann.

Die Vorstände der Landwirtschaftskammern nehmen Anträge von Landwirten entgegen.

Wenn jemand fordern würde, daß in gleicher Weise industrielle Unternehmer, Handwerker und Gewerbetreibende vom Staate unterstützt werden — na, das Geschrei der Agrarier! Aber die agrarischen Großunternehmer sind ja nur einmal an Liebesgaben gewöhnt. Ihnen geht es „noch lange nicht gut genug“ und deshalb muß der Staat sie auch zwecks Einführung leistungsfähiger Kraftwagen in ihren Betrieben unterstützen.

Preussische Schulentand. In Leuthen, in der Nähe von Breslau, verbreitet sich die Genickstarre unter den Schültern mit einer geradezu unheimlichen Schnelligkeit. Hatte sie zu Anfang nur leichtere Formen, so ist ihr jetzt bereits ein neunjähriger Knabe zum Opfer gefallen. Als Genußmittel ist unbedingt die katolische Schule anzusehen, deren Zustand selbst von einem so lokalen Blatte wie die „Schlesische Zeitung“ als fester Beschreibung spottend bezeichnet wird. Die Absorbe sind als direkt gefährlich zu bezeichnen. Und das Klassenzimmer nur einmurmern darin erhalten zu können, hat man die Behmschwärze von innen notwendig mit Brettern verschlagen und den Zwischenraum mit Stroh ausgefüllt. Die Doppel Fenster können nicht geöffnet werden, da sie von außen angehängt sind! Daß ein solcher eckig preussischer Schulsaal für Krankheitskeime geradezu ein Dorado sein muß und daß hier die allseitig vorgeschriebenen Desinfektionen eine Farce bleiben müssen, leuchtet jedem Sinne ein. Und dieser Zustand dauert schon seit Jahrzehnten! Seit 13 Jahren schreiben die Unterhandlungen über einen Neubau, bis heute aber ist die Angelegenheit noch nicht vom Fiede gekommen.

Das sind skandalöse Zustände, die dem „Kulturstaat“ Preußen zur Schmach gereichen.

Eine eindringliche Warnung vor der Auswanderung nach Südwestafrika erlassen die „Windhuker Nachrichten“:

Jeder Passagierdampfer bringt eine Menge Neuankömmlinge ins Land. Die Eisenbahngäste können alsdann kaum alle die vielen Personen aufnehmen und ihre Wagen sind während der zwei bis dreitägigen Fahrt nach Windhuk überfüllt wie Sonntagsausflüger dahin. In Windhuk angekommen, geht es dann an ein Suchen und Umherlaufen nach Beschäftigung. Von Geschäft zu Geschäft, von Haus zu Haus fragen sie nach Anstellung, und fast überall heißt es: Bedauerlich! Nachdem das so einige Tage gegangen ist, kommt zu der ersten die zweite Sorge: die vorhandenen Mittel gehen auf die Neige. Nun tritt neben die Frage nach Beschäftigung die weitere nach einem billigeren Unterkommen, als der bis dahin benutzte Gasthof es zu gewähren vermag, an den Neuling heran. Aber auch da gibt es meist nur Enttäuschung. Denn bei dem großen Wohnungsmangel ist jeder irgend wohlbekannter Raum besetzt, und die Verpflegung auch außerhalb der Gasthöfe bei den hohen Preisen für Lebensmittel kostspielig. Traurig ist es, zu beobachten, wie solche Enttäuschten bei denjenigen Stellen, an welchen sie am ehesten Arbeitsnachweis zu erhalten hofften, z. B. in der Expedition unseres Blattes, immer von neuem und mit immer tiefer in Gesicht gezeichneten Sorge sich erkundigen. Schließlich beschreiben sie von hier, wo sie geblieben, wissen die Götter. — So wiederholt sich das Schauspiel alle paar Wochen.

Nach der phantastischen Darstellung unserer Kolonialschwärmer ist Südwestafrika das „gelobte Land“, wo Milch und Honig fließt und dazu geeignet, einen großen Teil des Bevölkerungsoberflusses Deutschlands aufzunehmen. Die obige Warnung aber belehrt uns eines anderen.

Maurerbewegung. Streiks, Aussperrungen, Masseregeln, Differenzen.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland: **Maurer:**

Hausstädte: Travemünde (Sperrte über Schrmann), Cuxhaven (Sperrte über das Kinderheim, Unternehmern Vollmer aus Bremen);

Schleswig-Holstein:

Kellinghusen, Wrist, Wulfsmoor (Streiks), **Apenrade** (Sperrung über Callesen), **Wedel** (Sperrung über Hatje), **Husum** (Sperrung über Petersen), **Itzehoe** (Sperrung über die Alsenische Zementfabrik in Lägerdorf), **Tondern** (Aussperrung);

Mecklenburg:

Güstrow (Sperrung über Thielke), **Brunshaupten** (Differenzen);

Brandenburg:

Guben (Aussperrung), **Seufenberg** (Sperrung über Ulrich, Margakolonie), **Jüterbog** (Sperrung über H. Niendorf in Malterhausen [im „Alten Lager“]); **Vietsch a. d. Ostbahn** (Sperrung über den Unternehmer Vogt);

Pommern:

Pyrzitz (Differenzen), **Köslin** (Sperrung über Schüttner), **Jarmen** (Sperrung über Brand & Heidschmidt);

Posen — Schlesien:

Weisswasser (Sperrung über die Opelesenzwerke), **Grillitz** (Sperrung über Pötschke in Horka);

Königgr. Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: **Marion & Kunze**, Bahnhofsbauten, **Bernadt & Söhne**, Berlinerstrasse, in **L. Gohlis** H. Kögel und R. Thiele, Landsbergerstrasse, in **L. Leutensch** Eisengießerei E. Becker & Co., in **L. Köckern** K. Edlich, Hühnerbeinerstrasse, und M. Steyskal, Sohrstrasse), **Nannhof** (Sperrung über H. Goltzsch, vormals Klipper & Schrot);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Halle a. d. S. (Sperrung über den Fabrikneubau von Prinzler & Söhne und über die Hallische Zementfabrik);

Thüringen:

Sonneberg (Differenzen);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Celle, Kordorney (Aussperrung), **Braunschweig** (Sperrung über Gröpler, die Arbeit ist in Wolfenbüttel), **Gronau** (Sperrung über das Baugeschäft von Lichtenberg, Sanatogenwerke), **Wunstorf** (Differenzen), **Sachsenhagen b. Hannover** (Aussperrung);

Hessen und Waldeck:

Gliessen (Sperrung über Bernhard in Kleinlinden), **Schmalkalden** (Sperrung über Peter);

Bayern:

Sell (Sperrung über Jäger & Werner), **Diessen** (Streik), **Wasserburg** (Sperrung über Nabauer), **Ansbach** (Sperrung über Reuter);

Fliesenleger:

Berlin (Sperrung über Fr. Pfleger, Groß-Görschenstr. 21 und O. Ramin, Schöneberg, Schwäbischestr. 1), **Duisburg** (Sperrung über Gebr. Bönnig), **Rendsburg** (Sperrung über das Walzwerk in Andorf und die Karlsruhte), **Strassburg i. Els.** (Sperrung über die Geschäfte von Hoffmann und Silbereisen, Schwimmbad).

Tarifverhandlungen in München.

München, 9. März.

Seit Vormittag gegen 10 Uhr begannen im Rathause, im Festungsaal der Stadtverordneten, die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Maurer-, Zimmerer- und Bauhilfsarbeiterorganisationen und der Lohnkommission des bayerischen Unternehmerverbandes München. Es war geplant, die Verhandlungen in einem Saale des Gewerbegerichts abzuhalten, diese Absicht wurde aber heute früh gleich aufgegeben werden, da die Verhandlungsteilnehmer nicht zur Hälfte untergebracht werden konnten. Gerichtsrat Dr. Brenner, der die Verhandlungen leitete, verständigte sich dann mit dem Oberbürgermeister Dr. Vorhoff über einen Raum im Rathause und kurz vor 10 Uhr konnte die Versammlung ihren Umzug bewerkstelligen.

Nach einer kurzen Einleitungsrede (Rückblick auf die früheren Verhandlungen und den letzten Tarifabschluß) nahm unser Kollege Paepow das Wort zu einer Erklärung über den Verhandlungsgegenstand, die Verhandlungsbasis und den Verhandlungsabschluß. Als Verhandlungsbasis wurde der bisherige Tarif anerkannt; der Verhandlungsabschluß, den die Unternehmervertreter nur nach Genehmigung ihres Bundesvorstandes (Sitz Berlin) vollziehen können, bleibt vorläufig strittig, wenn auch die Arbeitervertreter keinen Zweifel darüber ließen, daß nach Schluß der etwa erfolgreichen Verhandlungen der Vertrag sofort von den beiden Parteien in München zu schließen sei, unabhängig von Verhandlungen und Verträgen in anderen Städten und Bezirken des weiten deutschen Reiches.

In der nun beginnenden Generaldebatte wurden vornehmlich die Verfürgung der Arbeitszeit, die Erhöhung des Lohnes und das Wort „tätig“ in Verbindung mit der Festsetzung des Lohnes eingehend besprochen, die ersteren Punkte mit guten Gründen verteidigt und das Wort „tätig“ in derselben Weise bekämpft. Von den Unternehmervertretern sprach nur ihr Sekretär Jellermeyer, die Arbeitszeitverfürgung stereotyp beläufend.

Über diesen Punkt kam die Verhandlung nicht hinaus. Gegen 2 Uhr konnte festgestellt werden, daß er vorläufig zurückgestellt werden mußte, wenn die Verhandlungen überhaupt weiter geführt werden sollten. Da die Unternehmer angeblich keine Zeit hätten, nachmittags weiter zu verhandeln, wurde die Sitzung geschlossen. Am nächsten Morgen soll zu-

nächst über den Lohn verhandelt werden, da sich die Unternehmervertreter nicht abgeneigt zeigen, hierbei Zugeständnisse zu machen.

Der Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten

hat sein „Friedensdokument“ formuliert und es den Berliner baugewerblichen Arbeitern zugefickt. Unter Beifügung des bekannten Bundes-Mustertarifs hat der Verband der Baugeschäfte unserem Berliner Zweigverein folgendes Schreiben geschickt:

Berlin NW 82, den 4. März 1908.

An den Zentralverband der Maurer Deutschlands, Zweigverein Berlin, a. S. des Vorstehenden D. Gante.

Berlin SO, Engel-Platz 16.

Wir gestatten uns, dem Zentralverband der Maurer Deutschlands, Zweigverein Berlin, in der Anlage Lohn- und Arbeitsbedingungen zu überreichen und bitten, sich darüber zu erklären, ob der Zentralverband der Maurer Deutschlands, Zweigverein Berlin, bereit ist, auf Grund dieser Lohn- und Arbeitsbedingungen einen Tarifvertrag mit dem Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten abzuschließen oder in Verhandlungen mit demselben einzutreten.

Als normale Arbeitszeit, an der wir unbedingt festhalten, sind neun Stunden festgesetzt worden. Der Stundenlohn muß sich beim Fehlen eines Tarifvertrages naturgemäß nach Angebot und Nachfrage richten. Da sich Arbeitnehmer in großer Anzahl zu Stundenlöhnen von 65 $\frac{1}{2}$ bis 80 $\frac{1}{2}$ und darunter, den Baugeschäften von Groß-Berlin anbieten und die dem Verband der Baugeschäfte nicht angeschlossenen Baugeschäfte und Unternehmer zum Teil 80 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn bezahlen, sind wir leider mit Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit unserer Mitglieder genötigt, einen Stundenlohn von 65 $\frac{1}{2}$ in die beiliegenden Lohn- und Arbeitsbedingungen einzufügen. Die Festsetzung der übrigen, nicht ausgefüllten Bestandteile des Vertragsmodells, welche sowohl in unseren früheren Tarifverträgen geregelt waren, als auch in den jetzigen Arbeitsbedingungen des Verbandes enthalten sind, kann den Verhandlungen vorbehalten bleiben.

Wir machen darauf aufmerksam, daß bei Einigung über diesen Vertrag unserseits die Genehmigung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe nachgeholt werden muß, bevor wir denselben endgültig abschließen können. Auch weisen wir darauf hin, daß die Genehmigung für diesen Vertrag nur im Zusammenhang mit der Genehmigung aller anderen Verträge der dem Deutschen Arbeitgeberbund angeschlossenen Verbände erfolgt.

Endlich teilen wir mit, daß wir dieses Anerbieten zum Abschluß eines Tarifvertrages auch den anderen in Groß-Berlin bestehenden Arbeitnehmer-Organisationen des Baugewerbes zur Erklärung überandt haben.

Wir erwarten Ihre Antwort bis zum 15. d. Mts. und werden, falls bis zu diesem Termin keine Erklärung Ihrerseits erfolgt, annehmen, daß Sie Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages mit uns ablehnen.

Gechachtungsvoll

Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten E. B.

Der Vorsitzende: Der Geschäftsführer: J. A. F. Fiedler. Dr. Nielsen.

Ueber die dem Unternehmerverband zu erteilende Antwort hier etwas zu sagen, ist überflüssig.

Sau Bremen.

In Norden haben uns die Unternehmer den bekannten Mustertarif zugefickt. Unsere Kollegen haben gleichfalls ihre Forderungen formuliert, um sie den Unternehmern bei den Verhandlungen zu unterbreiten.

In Emden verhandeln unsere Kollegen am Mittwoch mit den Unternehmern. Eine Einigung ist nicht zu hande gekommen. Die Emdener Unternehmer glauben, daß sich unsere Kollegen bei dem nächsten Geschäftsgang so ohne weiteres in die Kaufschiffe hineinlocken ließen, um einen Vertrag zu unterzeichnen, der noch mehr Verschlechterungen enthält als der berühmte Mustertarif.

In Wilhelmshafen haben die Unternehmer unsere Kollegen zunächst zu einer Besprechung eingeladen; auch hier soll der Mustertarif als Grundlage der Verhandlungen dienen.

Auch in Varel haben unsere Kollegen eine Besprechung endgültigen Ergebnis geführt. In der nächsten Woche soll endgültiges Ergebnis geführt. In der nächsten Woche soll weiter verhandelt werden.

In Soltau haben die Unternehmer unseren Kollegen 2 $\frac{1}{2}$ Lohnserhöhung pro Stunde geboten, weitere 2 $\frac{1}{2}$ sollen am 1. April 1909, ebenso 1910 2 $\frac{1}{2}$ mehr gezahlt werden. Somit haben sich die Kollegen in einer Versammlung am 7. März befähigt. An der Versammlung nahm auch der Gewerkschaftsteil; nach längerer Debatte wurde das Angebot angenommen.

In Norderny dauert der Kampf fort. Den Unternehmern ist es gelungen, von Ulrich sechs „Arbeitswille“ zu bekommen. Es sind dieselben Streikbrecher, die unseren Kollegen bei den Auriger Kämpfen 1904, 1905 und 1906 in den Rücken gefallen sind. Gegenwärtig sind diese Elemente im christlichen Verbände organisiert!

Zwei von diesen Leuten konnten noch zurückgehalten werden. Sichtlich schämten sie sich des unsozialistischen Verhaltens. Es soll uns munden, ob die Zeitung des christlichen Verbandes auch dies Vorgehen rechtfertigt. Wir betrachten die Christlichen in Aurich als eine gelbe Gewerkschaft. Sie sind einfach von den Unternehmern aufgeföhrt, wenn sie nicht nach Norderny gingen, würden sie hierüber erhalten. Die Unternehmer gehen auch in die Versammlungen der Christlichen und fördern sie auf, nach Norderny als Streikbrecher zu gehen. Wird die

christliche Organisation noch länger solche Mitglieder dulden?

Sau Breslau.

Aus Reichenbach i. Schl. wird uns über Verhandlungen berichtet, die dort am 8. März mit den Unternehmern des Kreises gepflogen wurden. Natürlich handelte es sich um den Mustertarif, im Mittelpunkt der Erörterungen. Es wurde gleich außerordentlich deutlich gesprochen. Von dem Vorstehenden, Herrn Baumeister Werlau-Bangenzelau, wurde flipp und klar gesagt: „Meine Herren, wir sind heute zusammengekommen, um Sie zu fragen, ob Sie mit den vorgebrachten Bestimmungen des Mustertarifs einverstanden sind oder nicht, es gibt da nur ein Ja oder Nein; ich muß Ihnen aber gleich bemerken, daß, wenn Sie nicht einverstanden sind, wir dann zum 1. April aussperren.“ Die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten, daß sie den Mustertarif nicht unbedingt ablehnen, sondern nur einzelne Punkte abgeändert wissen wollten und daß dann auf Grund dieses eine Verhandlung zu stande kommen könnte; doch da wurde erklärt: „Wir können und dürfen nicht anders, wir dürfen in keinem Punkte nachgeben.“ Die Verhandlung hatte also wenigstens das Ergebnis, daß man auch hier die Lage völlig geklärt ist.

Sau Erfurt.

In Sonneberg drohen schon jetzt scharfe Konflikte auszubrechen, und zwar wegen der Umtriebe der Firma Bauer & Söhne, die nämlich den Lohn von 42 auf 40 $\frac{1}{2}$ kürzte. Eine Kommission von drei Mann, die diesbezüglich vorstellig werden wollte, wurde entlassen. Sonneberg ist darum zu meiden.

Sau Hannover.

In Gronau mußte die Firma Lichtenberg gesperrt werden, weil sich Lichtenberg zum fortwährend Uebergriffe und Ungehörigkeiten zu schulden kommen ließ, was die Kollegen nicht länger untätig ansehen wollten. Schon am 8. März wurde die Arbeit einmal deswegen niedergelegt. In den folgenden gepflogenen Verhandlungen erklärte Herr Lichtenberg, daß sein hoffnungsvoller Sprößling gar nichts zu sagen habe; in Zukunft sollten die Wisthände verschwinden. Die Kollegen nahmen im Vertrauen auf diese Erklärung die Arbeit wieder auf. Leider mußten sie aber bald die Erfahrung machen, daß sich der Junior noch nach wie vor seine Eigenmächtigkeit erlaubte. Infolgedessen legten sie am 6. März zum zweiten Male, die Arbeit nieder und verhängten über den ganzen Baubetrieb die Sperrung. Es kommen circa 40 Kollegen in Betracht. Um fernhaltung des Zugangs wird gebeten.

In Sachsenhagen, Zweigverein Hannover, haben die beiden Unternehmer Büßler und Renching am 2. März ihre ganzen Maurer ausgesperrt, weil diese eine Erhöhung des Lohnes von 82 auf 88 $\frac{1}{2}$ forderten. Die Unternehmer forderten Austritt aus dem Verband, als das abgelehnt wurde, sperrten sie aus.

Sau Nürnberg.

In Hof haben uns die Unternehmer inzwischen den bekannten Mustertarif vorgelegt und in einem Begleitschreiben dessen Unterzeichnung bis zum 15. März verlangt. Der Vertrag soll auch von den Zentralvorständen bis zu diesem Datum unterzeichnet sein, obwohl ihnen der Arbeitgeberbund denselben gar nicht unterbreitet hat. Eine Unterzeichnung verlangen die Herren nicht, sondern nur die kritische Anerkennung ihres Vertrages, wobei die Beschlüsse der Generalversammlung ihres Bundes nochmals wiederholt werden, daß nämlich, wenn der Vertrag nicht bis zum 15. März ohne Weiteres unterzeichnet ist, am 1. April d. M. die Aussperrung erfolgen müsse. Ob man uns damit bange machen will, wissen wir zwar nicht, aber das wissen wir, daß unsere Kollegen diesen Vertrag, der den bisherigen Mindestlohn zum Höchstlohn macht, nicht unterzeichnen werden.

In Schweinfurt haben wir am 6. März nochmals unterhandelt. In dieser Unterhandlung wollten die Unternehmer wieder ihren Tarifvertrag zur Grundlage der Unterhandlung nehmen, was von uns zurückgewiesen wurde. Wir wollten dort in der Unterhandlung fortfahren, wo wir das letzte Mal stehen geblieben waren. Die Unternehmer erklärten aber, dazu erst in Nürnberg und Berlin bei ihren Leitungen, die Genehmigung einholen zu müssen. (Das ist ja eine ungläubige Verbormung. D. Red.) Wenn diese erteilt werden, so solle der bisherige Vertrag mit einer entsprechenden Lohnserhöhung auf ein oder zwei Jahre verlängert werden. Die Lohnhöhe soll nochmals Gegenstand einer neuen Unterhandlung sein.

In Ansbach dauert die Sperrung über das Baugeschäft Reuter unverändert fort.

In allen anderen Orten ist zur Zeit noch Ruhe; unsere Kollegen wollen erst die Dinge, die da kommen sollen, abwarten, und, wie es scheint, tragen sich die Unternehmer mit dem gleichen Gedanken.

Sau Strassburg i. Elsaß.

In Metz wie in Vörrach sind die Verhandlungen mit den Unternehmern resultatlos verlaufen. Auch hier kief es: eine Lohnserhöhung gibt es nicht! Eine Verfürgung der Arbeitszeit war nicht gefordert. In Metz schien es, ja, als ob die Unternehmer gern einen Vertrag abschließen möchten, aber man ist an die Beschlüsse des Arbeitgeberbundes gebunden. Die Vörracher Unternehmer setzen sich aufs hohe Pferd und haben jetzt schon gewissermaßen mit der Aussperrung begonnen. Organisierte Kollegen werden entlassen und auch im ganzen Bistiel nicht mehr eingestellt. Wir möchten deshalb heute schon an alle reisenden Kollegen das Ertruden richten, das ganze Bistiel zu meiden, damit den Unternehmern der Kamm nicht allzu sehr schmilzt.

Gliesenleger.

Von Bielefeld wird von einigen Kollegen, die dort von außerhalb arbeiteten, vor dem Hofschenmeister Gustav Appmann genannt. Er lodi Arbeitskräfte durch Innere heran, die sich nachher aber stets in ihren Erwartungen getäuscht sehen. Wer sich dann zur Bechte setzt, wird entlassen.

Tariffstreitigkeiten in Rheinland-Westfalen.

Uebersichtliche Zusammenstellung der zwischen den Parteien streitigen Vertragsbestimmungen.

Vertragsentwurf der Arbeitgeberverbände	Forderung der Arbeitgeberverbände	Forderung der Arbeiterorganisationen
§ 1. Geltungsbereich des Vertrages. Personales Vertragsgebiet. Räumliches Vertragsgebiet.	Beschränkung des Vertrages auf die Mitglieder der Organisationen, gegebenenfalls für die unorganisierten Arbeiter dieselben Bedingungen mit Ausnahme der Arbeitszeit, wegen der Schwierigkeiten in den Grenzbezirken. Gemeinschaftlicher Abschluß für den bergischen, den rheinischen und den rheinisch-westfälischen Bezirk.	Derselben personalen Geltungsbereich des Vertrages wie bisher. Getrennter Abschluß für die drei bisher einzelnen Gebiete, gegebenenfalls auch Gesamtabchluß; Zimmerer werden mit ihren Zählstellen verhandeln, daß ihrer Zentrale die Genehmigung zum Abschluß erteilt wird.
§ 2. Arbeitszeit. Normale Arbeitszeit. Zeittabelle.	Festsetzung der Arbeitszeit nirgends unter 10 Stunden, mit Ausnahme der Orte, wo dies bisher der Fall war. Außerdem für 10 Gebiete Festhaltung der längeren oder Verlängerung (wegen der nachwärtigen Arbeitszeit um ½ oder 1 Stunde; gegebenenfalls hierin Veränderungen nach den ortsüblichen Verhältnissen). Festsetzung der kürzesten Arbeitszeit für den 1. Dezember bis 15. Januar auf 7 Stunden.	Festsetzung der Arbeitszeit nirgends länger als 10 Stunden; Verabreichung auf 9½ Stunden in den 4 Großstädten (Dortmund, Essen, Bochum und Grefels) und ebenfalls in Riesa (wegen der Nachbarschaft von Oßlig, Solingen); Verabreichung kürzerer Arbeitszeit in den Gebieten, wo sie bisher unter 10 Stunden betrug. Festsetzung der kürzesten Arbeitszeit vom 1. bis 15. Dezember auf 8 und vom 16. Dezember bis 15. Januar auf 7½ Stunden. Zimmerer fordern vom 16. bis 30. September 1½ Stunden Mittagspause in Essen, Dortmund und Schwelm.
§ 3. Ueberstunden. Zulässigkeit der Ueberstunden. Ueberstunden bei unternormaler Arbeitszeit. Freiwillige Ueberstunden.	Ueberstunden sollen in besonderen Fällen auf Verlangen des Arbeitgebers geleistet werden. Auch im Winter sind nur diejenigen Stunden als Ueberstunden zu bezahlen, die über die normale Arbeitszeit (also im allgemeinen 10 Stunden) hinaus gearbeitet wird. Festsetzung, daß freiwillige Ueberstunden im Einverständnis mit dem Arbeitgeber geleistet werden können, die jedoch nicht als Ueberstunden bezahlt werden.	Verabreichung der bisherigen Fassung „in bringenden Fällen“; gegebenenfalls Festlegung der „besonderen Fälle“ als solche, wo durch Unterlassung der Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit Menschenleben in Gefahr kommen, Verkehrsstörungen eintreten, Schäden infolge von Naturereignissen zu verhindern oder zu beseitigen sind, ferner bei bringenden Reparaturarbeiten, Installationsarbeiten in Theatern, Fabriken usw. Alle diejenigen Stunden sind als Ueberstunden zu bezahlen, die über die jeweilig tarifmäßig festgesetzte Arbeitszeit (also im Winter über 7½ oder 8 Stunden) hinaus gearbeitet wird. Streichung dieses Absatzes.
§ 4. Arbeitslohn. Tätig. Gegenleistung. Lohnkürzungsmöglichkeit. Bisher übliche Arbeiten. Hilfsarbeiten. Lohnserhöhung. Lohngebiete. Bezahlung von Ueberarbeit. Ueberanbarbeit. Zuschläge für bestimmte Arbeiten. Jugendliche Arbeiter. Lohn der jugendlichen Arbeiter. Initiative zur Lohnvereinbarung.	Einfügung der Worte „tätig“ und „zu einer angemessenen Gegenleistung verpflichtet“. Festsetzung des Rechts für die Arbeitgeber, je nach der größeren oder geringeren Tätigkeit eine Lohnkürzung bis zu 15 pSt. vorzunehmen; gegebenenfalls bereit, in der Höhe des Prozentsatzes entgegenzunehmen. Verpflichtung der Arbeiter zur Ausführung der „bisher üblichen Arbeiten (siehe Arbeitsordnung)“, die durch örtliche Vereinbarungen zwischen den lokalen Organisationen beider Parteien festgelegt werden sollen, z. B. Plattenansetzen bei Reparaturarbeiten pp. Verpflichtung zur Ausführung sämtlicher Hilfsarbeiten, z. B. Ausschleppen der Mauer beim Wallenlegen pp. Ablehnung einer Lohnserhöhung. Vermehrung der bisherigen 10 Lohngebiete auf 16 infolge Ausdehnung des Vertragsgebietes. Bezahlung der Ueberstunden mit 10 pSt., der Nacharbeit mit 25 pSt. und der Sonntagsarbeit mit 50 pSt. Zuschlag. Vereinbarung der Zuschläge für Ueberanbarbeit in jedem Falle besonders; gegebenenfalls zu lokalen Vereinbarungen zwischen den örtlichen Organisationen bereit. Gewährung bestimmter Zuschläge für Wasser-, Korb-, Leinwand-, Leinwand- und Turmarbeiten, schmutzige Arbeiten etc. Als jugendliche Arbeiter sind Junggesellen im ersten, zweiten und dritten Gesellenjahre nach bestandener Gesellenprüfung anzusehen. Forderung, mit den jugendlichen Arbeitern die Löhne beliebig zu vereinbaren. Forderung, daß die Initiative zu Lohnvereinbarungen im einzelnen Fall vom Arbeiter ausgeht.	Streichung des Wortes „tätig“; gegebenenfalls zur Aufnahme der Worte „zu einer angemessenen Gegenleistung verpflichtet“ bereit. Streichung jeder Kürzungsmöglichkeit. Streichung; gegebenenfalls bereit, örtliche Vereinbarungen zu versuchen. Keine generelle Anerkennung dieser Verpflichtung. Zimmerer fordern, daß beim Wallenlegen nur Zimmerer verwendet werden. Forderung einer Lohnserhöhung für das Vertragsgebiet. Zurückführung der bisherigen 10 Lohngebiete auf 4 (Zimmerer), auf 5 (freie Gewerkschaft) bzw. 8 (christl. Gewerkschaft) Lohngebiete. Forderung eines Zuschlages von 15 pSt. für die Ueberstunden, von 50 pSt. für Nacharbeit und von 100 pSt. für Sonntagsarbeit. Festlegung der Ueberlöhne auf Zuschläge im Vertrag; gegebenenfalls zu lokalen Vereinbarungen zwischen den örtlichen Organisationen bereit. Forderung teilweise höherer Zuschläge, namentlich auch andere Definition der Wasserarbeiten. Als jugendliche Arbeiter sind nur Junggesellen im ersten Gesellenjahre anzusehen. Auch für jugendliche Arbeiter Festlegung eines Mindestlohnes von 5 pSt. unter dem Lohn für die betreffenden Vollarbeiter. Forderung, daß die Initiative zu Lohnvereinbarungen im einzelnen Fall wie bisher vom Arbeitgeber ausgeht.
§ 5. Affordarbeit.	Unbeschränkte Zulassung über Affordarbeit.	Forderung der Zimmerer, Affordarbeit als nicht üblich auszuschließen. Forderung im allgemeinen nach Garantie des Stundenlohnes auch bei Affordarbeit, wie bisher üblich.
§ 6. Lohnzahlung. Lohnperiode. Stehenbleibender Lohn. Lohnstag. Lohnstunde. Arbeitsunterbrechung.	Festsetzung der Lohnperiode auf 2 Wochen mit einigen Ausnahmen. Forderung, daß zwischen Schluß der Lohnperiode und Lohnstag längstens 3 Tage liegen. Forderung, daß der Lohnstag nicht festgesetzt wird. Forderung, daß die Lohnzahlung nach Feierabend geschieht. Forderung, die Einfügung zweier Sätze über Nichtbezahlung von Arbeitsunterbrechungen. a) aus persönlichen Gründen (§ 618 B. G. B.); b) aus sachlichen Gründen.	Festsetzung der Lohnperiode auf 1 Woche. Forderung, daß längstens 1 Tag dazwischen liegt. Forderung der Lohnzahlung am Mittwoch; gegebenenfalls zu örtlichen Vereinbarungen bereit. Forderung, daß die Lohnzahlung vor Feierabend geschieht. Streichung des Satzes a; b; gegebenenfalls zu genaueren Vereinbarungen bereit.
§ 7. Auflösung des Arbeitsverhältnisses.	Festsetzung der Kündigungsfrist auf mindestens 1 Tag, in verschiedenen Lohngebieten aber auf 1 oder 2 Wochen.	Verbot jeder Kündigungsfrist, gegebenenfalls mit 1 Tag Kündigungsfrist und auch mit einigen Ausnahmen einverstanden.
§ 8. Schlichtung von Streitigkeiten.	Forderung eines Zentral-Schlichtungsamtes in Berlin als oberste Instanz.	Kein Zentral-Schlichtungsausschuß in Berlin oder vorher genaue Regelung seiner Zusammensetzung und seiner Befugnisse.

Vertragsentwurf der Arbeitgeberverbände	Forderung der Arbeitgeberverbände	Forderung der Arbeiterorganisationen
§ 9. Durchführung des Vertrages: Allgemeine Arbeitsordnung.	Forderung, zwei Absätze aufzunehmen: a) moralische Verpflichtung zur Aufrechterhaltung des Vertrages; b) Verbot, vertragsbrüchige Mitglieder zu unterstützen. Forderung, eine generelle Arbeitsordnung festzusetzen.	Streichung der zwei Absätze als unnötig, weil selbstverständlich. Forderung, daß die Arbeitsordnung zwischen den Parteien durchverhandelt wird.
§ 10. Allgemeines. Baubuden und Aborte.	Festsetzung einzelner Bestimmungen über: a) Zusammenarbeiten mit Nicht- oder anders Organisierten; b) Einstellungsbefugnis des Arbeitgebers; c) Agitationsverbot; d) Anerkennung des Vertrages; e) Vertragsüberlegung beim Gewerbegericht. Befugnis einer Bestimmung über Baubuden und Aborte, weil durch örtliche Polizeiverordnungen geregelt.	Fortlassung der Absätze a und b, weil selbstverständlich. Streichung der Agitationsklausel nach c. Forderung, daß ein Exemplar des Arbeitsvertrages auf jeder Arbeitsstelle auszuhängen. Einverständnis mit c. Forderung der Aufnahme einer Bestimmung über Baubuden und Aborte.
§ 11. Dauer des Vertrages. Vertragsdauer. Genehmigungsklausel. Neue Verhandlungen.	Festsetzung der Vertragsdauer bis zum 31. März 1910. Forderung der Genehmigungsklausel durch den Deutschen Arbeitgeberbund; gegebenenfalls bereit, eine entsprechende Genehmigungsklausel durch die Zentralverbände der Arbeiterorganisationen auszugeben. Forderung, daß am 1. Oktober 1909 die Verhandlungen über Erneuerung des Vertrages beginnen.	Zinometer fordern bis zum 30. April 1909, die übrigen keinen besonderen Wunsch; gegebenenfalls einverstanden mit 1910. Streichung jeder Genehmigungsklausel aus dem Vertrage als nicht in den Vertrag gehörig. Forderung, den Verhandlungsbeginn auf den 1. Januar festzusetzen.

Gekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Mit der Nr. 10 des „Grundstein“ verbanden wir das Protokoll der ersten Fliesenleger-Konferenz, abgehalten am 30. und 31. Dezember 1907 in Hamburg. Das Protokoll bleibt Eigentum der Zweigvereine. Wo diese keine Bibliotheken haben, sondern sich die Verbandsliteratur in Händen des jeweiligen Vorstehenden befindet, ist dieselbe bei einem etwaigen Wechsel in der Person des Vorstehenden dem Nachfolger zu übergeben.

Des ferneren machen wir darauf aufmerksam, daß der von der Buchhandlung Bornhörs herausgegebene und in Nr. 51 des „Grundstein“, Jahrgang 1907, besprochene „Referentenführer“ zum Vorzugspreis von 70 \mathcal{M} von uns zu beziehen ist. Bestellungen darauf bitten wir direkt an unsere Adresse gelangen zu lassen.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übergeben:

- das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- die Sterbendeckel.

Außerdem sind anzugeben, die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 23. Februar bis 7. März 1908 für folgende Mitglieder erteilt:

Christoph Baugewin-Nürnberg (Frank), Verb.-Nr. 70 580; Wilhelm Stollner-Darmstadt (Frank), 24 003; Oskar Lütke-Gotha, 73 738; Karl Emanuel-Jagwitz, 78 938; Heinrich Kopplov-Wilgow, 57 838; Georg Meißner-Hannover (Frank), 81 363; Oskar Morandier-Thorn, 104 254; Hans Moder-Mebau (Frank), 96 407; Max Genske-Berlin, 56 78; Reinhold Janke-Horst, 129 380; Friedrich Opiß-Mannberg, 51 035; Ernst Stark-Berlin (Frank), 5864; Wilhelm Zwilling-Berlin, 5474; Philipp Schäfer-Frankfurt a. M., 192 227; Johann Schellbacher-Frankfurt a. M. (Frank), 305 098; Hermann Malzahn-Hamburg (Frank), 200 502; Emil Wirth-Gütersloh, 125 001; Robert Wiede-Wietzen (Frank), 108 649; Paul Thran-Wietzen (Frank), 239 868; Fritz Louis Schaub-Greif, 127 818; Wilhelm Krause-Fürstentum, 70 441; Louis Richter-Leipzig, 35 524; Rumbert Strüger-Driesen 280 733; Wilhelm Bornkamp-Hamburg, 281 805; Theodor Stier-Gera, 71 299; Johann Bern-Kirchwarder (Frank), 80 412; Michael Jiegler-Karlsruhe, 310 617; Paul Ginz-Heidenfeld, 77 515; Christoph Gebhardt-Börsdorf, 95 181; Josef Tamernari-Solmar i. Elß (Frank), 338 054; Gustav Schröder-Magdeburg, 42 267; Paul Marthall-Doppel (Frank), 365 237; August Graef-Lützenfeld, 55 798; Karl Lütke-Berlin, 38; Lorenz Mühlmann-Mannheim, 140 566; August Weigelt-Breslau, 17 222; Georg Röhre-Nürnberg, 168 986; Wilhelm Stöckner-Altenburg, 50 178; Hermann Böde-Weiden, 178 684; Gustav Böde-Weiden (Frank), 103 972; Friedrich Ebert-Dachau (Frank), 95 640; Carl Schillbauer-Grafen, 74 234; Joh. Stoffers-Oldesloe, 92 623; Robert Hoggelin-Lerom, 104 069; Karl Röhde-Berlin (Frank), 4262; Wilhelm Barenthin-Gommern, 72 563; Anton Pauli-Wiesbaden (Frank), 48 874; Wilhelm John-Döbeln, 244 966; Michael Wosnitzer-Ratibor (Frank), 186 749; August Schäfer-Berlin (Frank), 18; Karl Weinger-Karlsruhe, 286 033; August Albrecht-Berlin, 2496; Heinrich Röhmer-Berlin (Frank), 11 784; Christian Weinger-Karlsruhe (Frank), 152 782; Hermann Weilmann-Solberg (Frank), 115 943; Ignaz Eder-Nürnberg, 304 033; Gustav Herrmann-Breslau, 16 144; Paul Bogt-Schwitz (Frank), 270 885; Georg Ubrige-Frankfurt a. M. (Frank); Johannes Weich-Breslau (Frank), 365 165; August Schütz-Ludowig (Frank), 85 264; Georg Karl Rind-Burg (Frank), 348 426; Heinrich Krause-Lützenfeld, 145 589; Richard Steinbaur-Nürnberg, 112 076; Hermann Rod-Düringhof, 4779; Heinrich Röhre-Magdeburg (Frank), 43 013; Emil Hoffmann-Greif, 244 453; August George-Berlin (Frank), 258 983; Ernst Emil Wiedels-Breslau (Frank), 144 777; Julius Kruse-Dortmund (Frank), 67 176; Max Emil Gottsmann-Breslau (Frank), 351 012.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köster, Hamburg 1, Reichenbühlhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 1. März bis 7. März 1908 sind folgende Beiträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Gronau A. 2,30, Ebnau 170,90, Siegen 142,86, Nidha 75, Unterneißbach 75, Grinnia 200, Halberstadt 200, Königs-
hütte 89,35.

b) Für Kalender.

Preis A. 14,50.

c) „Grundstein“-Einband und -Deckel.

Gronau A. 1,10.

Marken-Verband. Vom 2. bis 7. März sind Marken
verkauft worden: E = Eintrittsmarken, B = Beitrags-
marken, A = Arbeitsloosmarken, K = Kaspelmarken,
L = Sozialloosmarken:

München 3000 B. A. 50 \mathcal{M} , 200 A. A. 25. Hue 1200 B.
A. 40. Antonsbüchel 200 B. A. 40, 200 B. A. 35. Anger-
münde 400 B. A. 40. Augsburg 50 E. A. 150. Alt-Mühlbach
1200 B. A. 70.

Bremen 30000 B. A. 80 \mathcal{M} . Bamberg 600 A. A. 25, 600 L.
A. 10. Brunsbüttel 400 B. A. 40. Barts 200 B. A. 40, 1 E.
A. 800, 2 E. A. 150. Buzin 400 A. A. 25. Braunschweig
2000 B. A. 45. E. A. 150, 200 B. A. 30, 3 E. A. 300, 5 E. A. 50.
200 B. A. 45, 3 E. A. 150, 200 B. A. 30, 3 E. A. 300, 5 E. A. 50.
Wiere 600 B. A. 35, 100 B. A. 30, 100 A. A. 25. Bochum 5000 B.
A. 65. Breitingen 400 B. A. 30. Weiden 30 E. A. 50. Witten-
burg i. Thür. 400 B. A. 45. Wülfel 500 B. A. 40, 5 E. A. 150.
Barnhof 200 B. A. 40. Bonn 1600 B. A. 55, 600 K. A. 10.
Borsdorf 200 B. A. 45. Briel 800 B. A. 40.

Caßel 3000 B. A. 35 \mathcal{M} , 2000 B. A. 40, 1000 A. A. 25,
1000 B. A. 45, 2000 B. A. 55. Coblenz 1200 B. A. 40, 25 B.
A. 30, 500 A. A. 25. Cobitz 1200 B. A. 40, 200 K. A. 10.
Gamburg 1200 B. A. 35. Coblenz 1000 L. A. 50. Cölbe 600 B.
A. 30, 10 E. A. 50. Cöthen 1200 B. A. 35. Cölle 1200 B. A. 50,
200 B. A. 40, 200 B. A. 35. Cöln 600 L. A. 10, 50 A. A. 25.
Cunewalde 10 E. A. 50.

Düren 50 A. A. 25 \mathcal{M} . Dirschel 100 B. A. 35, 100 A.
A. 25. Döbeln 2000 B. A. 35. Drey 100 B. A. 35, 600 B. A. 40.
Erfurt 200 B. A. 30 \mathcal{M} . Elmshorn 1600 B. A. 55, 150 B.
A. 60, 100 B. A. 70. Eilenberg 800 B. A. 40, 200 B. A. 30.
Eimstein 100 B. A. 45, 50 L. A. 10.

Friedrichroda 400 B. A. 35 \mathcal{M} . Fürstenberg 800 B. A. 45.
Freiburg i. S. 20 E. A. 150, 600 A. A. 25. Fürstberg i. S.
600 B. A. 40. Fehrbellin 100 A. A. 25. Fürstheim 1200 B.
A. 35. Freising 1200 B. A. 40, 4 E. A. 150, 600 L. A. 10.

Guben 400 A. A. 25 \mathcal{M} . Gernsdorf 100 B. A. 60, 100 B.
A. 65, 50 A. A. 25. Greiz 5000 B. A. 40. Groß-Piegnitz 100 B.
A. 30, 4 E. A. 150, 100 A. A. 25. Gräfen 1200 B. A. 40, 200 B.
A. 60, 100 A. A. 25. Gelnhausen 800 B. A. 35, 400 B. A. 45, 100 E.
A. 25, 600 K. A. 10. Gera 4000 B. A. 45, 200 B. A. 40, 10 E.
A. 150. Gerdorf 1200 B. A. 35, 10 E. A. 50. Gernhau 200 B.
A. 30, 200 B. A. 35, 400 B. A. 40, 200 B. A. 60, 800 K. A. 10.
Gergaß 10 E. A. 50, 400 B. A. 40, 400 B. A. 35, 400 B. A. 30,
100 A. A. 25. Gohlterhausen 200 B. A. 40, 200 L. A. 15.
Gödelshaus 400 B. A. 40.

Hamburg 2000 B. A. 80. Gerberg a. S. 200 B. A. 30,
100 A. A. 25. Halberstadt 10 E. A. 150, 3000 B. A. 50, 600 B.
A. 35, 600 B. A. 30. Gölzgrün 100 B. A. 30, 100 K. A. 10.
Gilsen 1000 B. A. 55, 25 E. A. 50. Göttingen 1200 B. A. 40,
100 L. A. 15. Gaffelsbe 400 B. A. 35. Herzogenaurach 50 A.
A. 25, 100 L. A. 5. Heilsbrunn 100 B. A. 30, 200 L. A. 10.
Hilttenrode 200 B. A. 35. Halle 1000 B. A. 45, 200 B. A. 30.
Herzberg a. d. E. 400 B. A. 30. Heidenheim 600 B. A. 45,
5 E. A. 300. Hof 5000 B. A. 50, 300 A. A. 25. Hintersee
400 B. A. 30, 200 B. A. 35, 200 A. A. 25.

Jerichow 100 B. A. 40 \mathcal{M} , 200 B. A. 35, 200 B. A. 30,
100 A. A. 25, 2 E. A. 150. Jauer 400 B. A. 35.
Kafila 1200 B. A. 40 \mathcal{M} , 300 L. A. 10. Krafau 400 B. A.
40, 50 A. A. 25. Kegn 5 E. A. 50. König 600 B. A. 35, Kalf-
berg 100 B. A. 60, 100 A. A. 25, 200 B. A. 55. Königsberg i. Pr.
100 E. A. 50. Krenshaus 400 B. A. 40, 5 E. A. 150.

Lützen 1200 B. A. 40 \mathcal{M} , 200 A. A. 25. Langenbielau
800 B. A. 40, Leitz 400 B. A. 35. Lingen 10 E. A. 50. Lütke
(Lülfam) 200 B. A. 40, 200 A. A. 25. Lützen 600 B. A. 35.
Lemgo 400 B. A. 40, 200 B. A. 55, 100 L. A. 10. Liebenwerda
200 B. A. 35, 50 B. A. 30, 5 E. A. 150, 100 K. A. 25. Lüsselt
400 B. A. 35. Leutenberg 100 B. A. 35, 600 B. A. 40, 100 A. A. 25.
Raubau 100 B. A. 30, 100 B. A. 60, 200 B. A. 55, 200 A. A. 25.
Ludowig 3000 B. A. 50, 500 A. A. 25, 20 E. A. 50.
München 600 B. A. 75 \mathcal{M} , 5000 K. A. 10. Mannheim
5000 B. A. 50, 1000 A. A. 25. Mühlberg 1000 B. A. 30. Mühl-
hausen i. Gif. 1000 L. A. 10. Mühlheim a. d. R. 1200 B. A. 55.
Mittenwalde 200 B. A. 55. Marienwerder 200 A. A. 25.

Neufals 800 B. A. 40 \mathcal{M} . Nürnberg 5000 B. A. 60. Neu-
hüttel 200 B. A. 30. Neuburg 100 B. A. 40, 100 K. A. 10.
Romane 2000 B. A. 65, 500 A. A. 25, 25 E. A. 50, 5 E. A. 150.
Norden 600 B. A. 40, 10 E. A. 50. Raumburg 2000 B. A. 50.
Neuhaldensleben 2000 B. A. 40. Roderney 400 B. A. 55.
Nienburg a. d. R. 1200 B. A. 45, 400 B. A. 35. Niederhose
400 B. A. 40.

Oberwies 200 B. A. 30 \mathcal{M} , 200 B. A. 35. Oldesloe 1200 B.
A. 50. Oldesloe 500 B. A. 45. Oldesloe 600 B. A. 40,
100 L. A. 5.

Potsdam 6000 B. A. 65 \mathcal{M} . Pieshausen 2000 B. A. 50,
2000 B. A. 60, 200 A. A. 25. Preßburg 200 B. A. 30, 100 B.
A. 35, 50 A. A. 25. Prien 1200 B. A. 45. Preß 100 L. A. 50.
Pirmas 1200 B. A. 60, 1200 K. A. 10. Pforzheim 200 E.
A. 50, 10000 B. A. 65, 400 B. A. 55, 400 B. A. 50, 400 B. A. 45,
400 B. A. 40, 500 A. A. 25.

Queßlinburg 400 B. A. 40 \mathcal{M} .
Reunburg 1200 B. A. 40 \mathcal{M} , 400 B. A. 35. Rostock 2000 B.
A. 60, 50 B. A. 30, 400 A. A. 25. Reinfel 400 B. A. 65.
Ratibor 100 A. A. 25. Rastbach 1200 B. A. 35, 20 E. A. 50,
10 E. A. 150. Regensburg 5000 B. A. 50, 2000 B. A. 40, 500 A.
A. 25. Rastbach 2000 B. A. 55, 400 B. A. 40, 400 B. A. 30.
Rohla 600 B. A. 35, 100 A. A. 25. Reppa 100 B. A. 30; 15 E.
A. 50. Reichenhall 1000 L. A. 10.

Sulzingen 200 B. A. 40 \mathcal{M} , 20 E. A. 50, 20 E. A. 150.
Stendal 2000 B. A. 50, 1000 B. A. 35. Schlau 1200 B. A. 40.
Seidau 200 B. A. 40, 5 E. A. 150, 200 A. A. 25. Sadow
400 B. A. 40. Schmoll 1200 B. A. 40. Stadthagen 400 B.
A. 35, 20 E. A. 50. Seeligen 600 B. A. 45, 100 A. A. 25.
Seunburg 400 B. A. 50, 100 A. A. 25. Seidenbollen 400 B.
A. 40, 200 B. A. 35, 25 A. A. 25. Schweigingen 600 B. A. 50,
50 A. A. 25, 200 B. A. 55. Seiden 100 A. A. 25. Seidenbollen-
dorf 400 B. A. 35. Seigen 800 B. A. 50. Seifert 10 E. A. 50;
Schadenleben; 800 K. A. 10, 1200 B. A. 35. Schneidemühl
1200 B. A. 40. Spandau 5000 B. A. 70, 200 B. A. 30, 100 A.
A. 25. Straßhild 1200 B. A. 50. Stollberg 400 B. A. 40,
100 B. A. 35, 100 A. A. 25.

Timmendor 2000 B. A. 40 \mathcal{M} . Tarnbach 600 B. A. 35,
1200 B. A. 40. Tantenheim 600 B. A. 40, 400 B. A. 35, 100 A.
A. 25. Tzemlin 600 B. A. 40, 100 B. A. 30, 100 A. A. 25, 10 E.
A. 50. Treptow a. d. E. 200 B. A. 40, 600 B. A. 35.

Mettern 600 B. A. 55 \mathcal{M} .
Wiesbaden 50 A. A. 25 \mathcal{M} , 400 B. A. 35, 100 B. A. 30.
Wald 400 B. A. 50. Wolfshof 200 B. A. 70, 100 B. A. 60.
Witten 50 B. A. 30, 50 A. A. 25.

Wiesbaden 100 B. A. 30 \mathcal{M} , 100 B. A. 35, 100 B. A. 40,
50 B. A. 50, 50 B. A. 55, 100 A. A. 25. Wernigerode 10 E. A. 50,
50 A. A. 25. Walsheim 1200 B. A. 35. Wernigerode 1200 B.
A. 45. Wittmund 1200 B. A. 40, 200 K. A. 10, 20 E. A. 50.
Wintzen a. d. E. 800 B. A. 45. Wietzenheim 200 B. A. 40,
400 B. A. 35, 5 E. A. 50. Wietzenheim 100 B. A. 35. Wietze-
nach 400 B. A. 35, 100 A. A. 25. Wermelskirchen 400 B. A. 55,
200 A. A. 25. Wietzen 400 B. A. 40, 400 B. A. 35, 400 A.
A. 25. Wietzen 200 B. A. 40. Wietzen 200 B. A. 50. Wietze-
heim 10 E. A. 50, 3 E. A. 150.

Wietzen 400 B. A. 30 \mathcal{M} , 100 B. A. 40, 10 E. A. 50. Wietzenau
800 B. A. 60.

Wietzen 400 B. A. 30 \mathcal{M} , 100 B. A. 40, 10 E. A. 50. Wietzenau
800 B. A. 60.

Wietzen 400 B. A. 30 \mathcal{M} , 100 B. A. 40, 10 E. A. 50. Wietzenau
800 B. A. 60.

Wietzen 400 B. A. 30 \mathcal{M} , 100 B. A. 40, 10 E. A. 50. Wietzenau
800 B. A. 60.

Wietzen 400 B. A. 30 \mathcal{M} , 100 B. A. 40, 10 E. A. 50. Wietzenau
800 B. A. 60.

Wietzen 400 B. A. 30 \mathcal{M} , 100 B. A. 40, 10 E. A. 50. Wietzenau
800 B. A. 60.

Wietzen 400 B. A. 30 \mathcal{M} , 100 B. A. 40, 10 E. A. 50. Wietzenau
800 B. A. 60.

Wietzen 400 B. A. 30 \mathcal{M} , 100 B. A. 40, 10 E. A. 50. Wietzenau
800 B. A. 60.

Wietzen 400 B. A. 30 \mathcal{M} , 100 B. A. 40, 10 E. A. 50. Wietzenau
800 B. A. 60.

Wietzen 400 B. A. 30 \mathcal{M} , 100 B. A. 40, 10 E. A. 50. Wietzenau
800 B. A. 60.

Wietzen 400 B. A. 30 \mathcal{M} , 100 B. A. 40, 10 E. A. 50. Wietzenau
800 B. A. 60.

Wietzen 400 B. A. 30 \mathcal{M} , 100 B. A. 40, 10 E. A. 50. Wietzenau
800 B. A. 60.

Wietzen 400 B. A. 30 \mathcal{M} , 100 B. A. 40, 10 E. A. 50. Wietzenau
800 B. A. 60.

Wietzen 400 B. A. 30 \mathcal{M} , 100 B. A. 40, 10 E. A. 50. Wietzenau
800 B. A. 60.

Wietzen 400 B. A. 30 \mathcal{M} , 100 B. A. 40, 10 E. A. 50. Wietzenau
800 B. A. 60.

für die Geistes- und Gewissensfreiheit dieser „Volksmänner“. Ein ähnliches Regiment wird in Hamburg und den angrenzenden Teilen des Westens abgeführt.

Wo dieser liberale Geist fehlt, wo wir in freien Wettbewerben mit den Christlichen streiten können, dort haben wir auch Erfolge zu verzeichnen. Die Hoffnung, uns den Erfolg streitig zu machen und uns zurückzudrängen, ist jedenfalls als gescheitert zu betrachten.

Eine Gegenüberstellung der beiden Organisationen in unserem Gau, inklusive des bisherigen Gau's Kassel, ergibt folgendes Bild in bezug auf die Mitgliederzahl:

Jahr	Zentralverband	Christl. Verband	Jahr	Zentralverband	Christl. Verband
1902	6864	2	1905	13604	1400
1903	7300	423	1906	15788	2236
1904	9327	1022	1907	16804	2838

Dabei haben wir noch ca. 700 Mitglieder des Siegener Bezirkes zu Gunsten des christlichen Verbandes mitgezählt, obwohl das Gebiet nicht zu unserem Gau gehört. Ferner ist zu berücksichtigen, daß in dem christlichen Verband alle Baubandwerker und Hilfsarbeiter vereinigt sind, während wir fast nur mit Maurern zu rechnen haben. Um einen zutreffenden Vergleich zu ziehen, müssen wir zu unseren Mitgliedern die Mitglieder der Zentralverbände der Bauhilfsarbeiter, Dachdecker, Maler und Weißbinder, Stuckateure und Zimmerer hinzuzählen. Soweit wir die Zahlen ermitteln konnten, haben wir sie in die folgende Tabelle eingestellt:

Jahr	Zentralverband	Christl. Verband	Jahr	Zentralverband	Christl. Verband
1902	9487	2	1905	22053	1400
1903	13491	423	1906	27324	2276
1904	16887	1022	1907	28620	2838

Es wäre trübselig verfeilt, wollten wir durch dieses Resultat übermütig werden, oder versuchen, mit irgend welchen Gewaltmitteln die christlichen Kollegen auf den Arbeitsplätzen zu bekämpfen, wie es leider mitunter geschieht. Solche Mittel sollten nie angewandt werden. Schimpfen und Verleumdungen, Pfaffenbrüder und andere sollten ebenfalls durchaus vermieden werden. Wir fordern von unseren Mitgliedern, daß sie für unseren Zentralverband wirken und neue Mitglieder werben, ebenso bringen müssen wir aber fordern, daß man sich hierbei nur sachlich Hilfe bedient. — Wollten wir noch unterlegen, aus welchen Gründen sich die Mitglieder des christlichen Verbandes rekrutieren, so würden wir Judea, Ägypten, den Westermund und das Gesicht anführen müssen. Von den 2800 Mitgliedern wohnen wohl fünf Sechstel in den genannten Bezirken. Daß die christliche Bewegung eine Jesuitentum und somit eine Schwächung der Arbeiterbewegung bedeutet, können wir nur wiederholen und immer wieder bedauern. Wir müssen für eine einheitliche Arbeiterbewegung kämpfen und deshalb immer mehr Aufklärung über Zweck und Ziel derselben zu verbreiten suchen. Das soll und muß unsere Aufgabe in den nächsten Jahren sein. Andere Organisationen bestehen im Gau nicht. Alle Fachvereine, Gewerke, Kirch-Zunderische und gelbe Organisationen sind erfahrungsgemäß nicht vorhanden. Sollen wir, daß sie nie kommen und daß wir die christlichen Kollegen bald davon überzeugen, daß auch sie mit uns in Reich und Glied marschieren müssen.

Die Statistik hat in diesem Jahre den Gauvorstand mehr als in früheren Jahren beschäftigt. Neben den üblichen Feststellungen über die Arbeitsverhältnisse, die Lohn- und Streikbewegung und andere Erhebungen, welche alljährlich wiederkehren, sind umfangreiche Erhebungen über die soziale und wirtschaftliche Gliederung unserer Gewerbes veranlaßt worden. Dabei sind genau ermittelt die täglichen und wöchentlichen Wanderungen vom Lande nach der Stadt, die ganz besonders stark im Frankfurter Gau, hervortreten. Dabei hat sich ergeben, daß nur rund 25 p. H. aller Kollegen an dem Orte wohnen, wo sie ihre dauernde Beschäftigung finden. Diese Ziffer geht in einzelnen Orten noch ganz enorm und erreicht in Darmstadt mit 7,91, in Genua mit 3,63 und in Wiesbaden sogar nur mit 2,86 p. H. Ortsangehöriger den niedrigsten Stand. Unerklärliche Verhältnisse dürften kaum in Deutschland wiederzufinden sein. Die Kollegen kommen oftmals aus sehr weiten Entfernungen zur Arbeit. Die tägliche Arbeitszeit ist einschließlich der Pausen und des Weges zur Arbeitsstätte außerordentlich lang. Für die Kollegen, welche täglich zwischen Wohnort und Arbeitsstätte verkehren, beträgt die Arbeitszeit 14 bis 17 Stunden, die durchschnittliche Dauer 14 Stunden. Durch diese lange Arbeitszeit sind manche Organisationschwierigkeiten erklärt. Hoffentlich gelingt es der Organisation recht bald, Wandel zu schaffen. Es handelt sich um die Beseitigung eines Übels, das eine Gefahr für die Kulturentwicklung bedeutet. Hier näher auf die Statistik einzugehen, würde zu weit führen. Wir empfehlen aber den Kollegen die mit dem statistischen Material vom Verbandsvorstand herausgegebene Denkschrift zu genauem Studium. Ein weiteres Schmerzenskind ist der Bauarbeiter. Ich will nicht einigen Jahren ist „Maschine“ fast überall eingeführt. Die neue Frankfurter Verordnung, ruht noch immer in den Akten des Magistrats und auch die Reform im Großherzogtum Hessen will nicht vom Fleck. Unendlich viele Mängel sind im Berichtsjahre in allen Arten wiederum festgestellt worden. Wir müssen die Kollegen immer wieder aufreizen, daß sie der Forderung des Bauarbeiterverbandes die erste Beachtung schenken.

Wie in früheren Jahren haben der Frankfurter Zweigvereins-Ausschuß und der Gauvorstand in gemeinschaftlichen Sitzungen ihre Geschäfte erledigt, insgesamt waren 19 Sitzungen notwendig. Die Postsendungen und Ausgänge stiegen im Berichtsjahre auf 844 Briefe, 876 Postkarten, 16 Telegramme, 27 Postanweisungen, 18 Pakete und 165 Drucksachen (fünfmal mußte Stichtporto bezahlt werden). Ausgänge: 764 Briefe, 410 Postkarten, 38 Telegramme, 19 Postanweisungen, 33 Pakete und 615 Drucksachen. Die Ausgänge weisen eine erhebliche Steigerung auf.

Die Kassenverhältnisse des Gauvorstandes haben eine minimale Besserung erfahren. In den einzelnen Positionen unter Ausgaben (entgangener Arbeitsverdienst, Fahrgeld, Mieten und Drucksachen) sind auch die Vorschüsse für Coblenz, Wiesbaden und Oberrhein mit enthalten.

Einnahme:	
Kassenbestand vom Jahre 1906	M. 2724,71
Beiträge der Zweigvereine	2894,80
Vom Verbandsvorstand (laut § 8 des Statuts)	7708,23
Von Auslagen für Streik zurück	432,20
Vom Zweigverein Coblenz	45,10
Sonstige Einnahmen	54,20
Summa	M. 13858,84

Ausgabe:	
Beauftragte	M. 2235,14
Entgangener Arbeitsverdienst	2229,04
Fahrgeld	1565,02
Mieten	2053,70
Drucksachen	744,06
Borte und Schreibmaterial	503,51
Sitzungen, Verhandlungen und Revision	173,71
Bücher und Zeitungen	263,12
Bureaukosten, Reinigung und Unkosten	687,-
Beamtensicherung	45,49
Sonstige Ausgaben	294,55
Summa	M. 10793,84

Einnahme	M. 13858,84
Ausgabe	10793,84
Kassenbestand	M. 3065,00

H. Gützmann, Vorsitzender. R. Seib, Kassierer.

Gau Hamburg.

Die Lohnbewegungen im Jahre 1907 hatten wieder einen bedeutenden Umfang angenommen. Es waren 48 Zweigvereine, 6 Zahlstellen und die Section der Zementierer in Hamburg daran beteiligt. In 13 Fällen kam es zu einem Streik, in 2 Orten unternahm die Unternehmer eine Ausperrung und in 40 Fällen wurde die Bewegung auf dem Wege glücklicher Vereinbarung erwidert.

Ohne einen positiven Erfolg ist eigentlich nur der Streik in Flensburg gewesen. Hier hatten im April des Jahres 1906 mit den Unternehmern Verhandlungen stattgefunden, ohne daß man dabei zu einem abschließenden Resultat gelang wäre. Als dann die Frage in einer Versammlung des Zweigvereins entschieden werden sollte, machten die Unternehmer im letzten Augenblick ein neues Angebot und die Versammlung beschloß, das Angebot anzunehmen. Unter der Voraussetzung, daß ein Tarifvertrag formell abgeschlossen würde. Dieser Tarifvertragsbeschluß wurde den Unternehmern mitgeteilt und die Arbeit wurde ohne Unterbrechung fortgesetzt. Später fanden wiederholt Verhandlungen statt, doch zu einem formellen Abschluß eines Tarifvertrages ist es nicht gekommen. Auch im Jahre 1907 wurde unter diesen Umständen weiter gearbeitet, bis dann im April von unseren Kollegen Forderungen gestellt wurden, in dem Bewußtsein, in irgend welchem Vertragsverhältnis mit den Unternehmern nicht zu stehen. Die Forderungen wurden abgelehnt. Die Unternehmer behaupteten, wenn auch formell kein Tarif vereinbart sei, so wären durch das Weiterarbeiten der Maurer und die Mitwirkung des abgelehnten Tarifvertragsbeschlusses an die Unternehmer doch die Flensburger Maurer verpflichtet, auf zwei Jahre nach den alten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu arbeiten. Diese eigenartige Auffassung über die Abschließung eines Tarifvertrages konnten die Flensburger Maurer nicht teilen. Es kam zur Arbeitsunterbrechung. Die Innung verlagte nun unsere Zweigvereine vor dem Gewerbegericht. Das Gericht erklärte sich für unzuständig. Die Innung brachte die Klage vor das Landgericht, da Kontraktbruch vorliege. Wertminderungen verurteilte das Landgericht den Zweigverein zu M. 3000 Schadenersatz an die Innung. Gegen dieses Urteil ist Berufung bei dem Oberlandesgericht eingelegt. Die Berufung hat vorläufig insofern Erfolg gehabt, als die Sache an die erste Instanz zurückverwiesen worden ist. Neben diesem Prozeßgange hat der Obermeister der Innung, Hummel, zehn Maurer, die vor dem Streik bei ihm arbeiteten, besonders wegen Schadenersatz verklagt und das Gewerbegericht hat auch, trotzdem festgestellt wurde, daß durch besondere Abmachung das Arbeitsverhältnis bei Hummel von beiden Seiten zu jeder Zeit gelöst werden konnte, die verflagten Maurer verurteilt, solidarisches M. 50 an den Kläger zu zahlen. Das Gericht hat ausgesprochen, daß seine Lohnforderung hätte gestellt werden oder wegen Nichtbefriedigung einer solchen die Arbeit nicht hätte eingestellt werden dürfen. Ein sehr merkwürdiges Urteil. — Die Flensburger Kollegen haben sich, tapfer gehalten. Schließlich mußten sie den Kampf aber doch ergebnislos aufgeben.

In Kellinghusen erhielt die Bewegung dadurch einen ergiebigen Einschlag, daß sich die Unternehmer einen Vortrag von einem Vertreter des Kirch-Zunderischen Gewerkschafts über die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit halten ließen und dann mit diesem Herrn sofort einen Vertrag abschlossen, gültig zwischen der Bauvereinerinnung in Kellinghusen und dem Kirch-Zunderischen Gewerbeverein der Bauhandwerker. In ganz Schleswig-Holstein gibt es keinen Maurer, der Mitglied dieser „Gewerkschaft“ ist, auch ist auf Grund dieses eigenartigen Vertrags kein einziger „Kirch“ nach Kellinghusen gekommen. Die Innung hatte ob dieses Mißgeschicks zum Jahresabschluß den Beschluß gefaßt, daß namentlich die Zentralverbände unter schweren Drohungen veranlaßt werden sollten, den mit dem „Gewerbeverein“ abgeschlossenen Vertrag zu unterschreiben. Aber auch diesem fremdlichen Drängen sind die Kellinghusener Kollegen unzugänglich gewesen. Der Obermeister läuft mit dem Vertrag in der Tasche umher, aber dieses „Dokument“ fehlt die magnetische Kraft, Maurer zu gewinnen an sich zu ziehen.

Eigenartig war auch das Vorgehen der Unternehmer in Cuxhaven. Hier hatten unsere Kollegen, irgend welche Forderungen nicht gestellt, aber plötzlich verlangten die Unternehmer die Anerkennung eines einseitig ausgearbeiteten Lohn- und Tariftarifs. Wer diesen Tarif nicht gleich ohne Bedenken unterschreiben wollte, wurde ausgesperrt. Damit war die Aussperrung für sämtliche Verbandskollegen vollzogen. Wenn sich die Unternehmer vielleicht gedacht haben, durch solche Gewaltmaßregeln unseren Zweigverein zu vernichten, so ist dieser fromme Wunsch nicht in Erfüllung gegangen. Es wurde unseren Kollegen, bevor sie die Arbeit

wieder aufnahmen, durch Vertrag eine Lohnerhöhung von 5 A. pro Stunde zugesichert. So bildete der Unternehmerbund wieder einmal jene Kraft, die das Böse will und das Gute schafft. Einen noch weit besseren Denksatz hätten die Herren bekommen, wenn alle Maurer in Cuxhaven dem Verbandsangehörigen würden. Eine große Zahl gehört noch einem Klubverein an, der sich als „Fachverein der Maurer“ bezeichnet. Für die Mitglieder dieses Vereins geben die Unternehmer von Zeit zu Zeit ein Fächchen Bier zum besten; dafür wird den Mitgliedern dann in dankbarer Weise ein Loch ausgebracht und damit solche Spende recht oft wiederholt wird, geht man vorsichtig mit den Unternehmern durch „die und dumm“.

Die Leistung der Kieler Unternehmer darf auch nicht unerwähnt bleiben. In Kiel ist mit dem „Arbeiterverbande für das Baugewerbe“ ein Vertrag über den Lohn und die sonstigen Arbeitsbedingungen abgeschlossen, der bis zum 31. Dezember 1908 gültig ist. Im Berichtsjahre hatten nun in Kiel die auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter mit den Holzhandlern Lohnverträge, welche zu Arbeitsunterbrechungen führten. Als nun diese Arbeitsunterbrechungen den Holzhandlern und anderen Interessenten etwas lange dauerte, beschloß man im „Arbeiterverbande“, die Holzhandler dadurch zu unterstützen, daß sämtliche baugewerblichen Arbeiter ausgesperrt werden sollten. Diefem Beschluß stimmten auch die Mitglieder der Bauvereinerinnung und die vereinigten Bauunternehmer zu, trotzdem in dem Vertrage mit der Innung eine Bestimmung enthalten ist, nach welcher Streiks, Aussperrungen und Sperren während der Vertragsdauer nicht unternommen werden dürfen, wenn nicht zuvor die streitigen Punkte einer paritätischen Kommission, unter Vorsitz des jeweiligen Gewerbeoberpräsidenten zur Beurteilung vorgelegt hat. Die Entscheidung der Kommission soll für beide Teile verbindlich sein. Ueber diese Bestimmung hatten sich die Bauunternehmer einfach hinweg. Als dann der Bauunternehmer Kontraktbruch vorgehalten wurde, bestritten sie dies auf's heftigste und stellten die Behauptung auf: „eine Aussperrung existiere nicht, die Entlassungen seien wegen Materialmangels erfolgt“. Materialmangel war allerdings eingetreten, aber nur auf Veranlassung der Unternehmer. Diefen Unternehmer, die die Existenz einer Aussperrung bestritten, hatten die Materiallieferanten so lange bearbeitet, bis diese sich verpflichteten, kein Holz, Eisen, Steine, Zement, Mörtel, Glas usw. zu liefern. Als nun auf solche Weise der Fluß von Material abgeschnitten war, wurde beschlossen, eine allgemeine Entlassung vorzunehmen „wegen Materialmangels“. Ein herrliches Bild zur Charakterisierung der Friedensliebe und Ehrlichkeit der Unternehmerverbände.

Von den 88 Zweigvereinen, die bei Beginn des Jahres zum Gau Hamburg gehörten, haben sich zwei aufgelöst: der Zweigverein Sattrup mit 9 und 3 Mitgliedern mit 22 Mitgliedern. In dem letzteren war es sehr schwer, die Kollegen zusammenzufinden, nicht allein, weil sie sehr weit auseinander wohnen, sondern weil auch kein Versammlungsort zu haben war. In Stribitz, wo sich der Zweigverein fast ausnahmslos aus sogenannten „Hausmachern“ zusammensetzte, welche die Arbeiter der Maurer, Zimmerer, Tischler usw. alles in einer Person verrichten, wie man dieses heute noch vielfach in Angeln — eine 826 qkm große Landschaft in Schleswig zwischen der Flensburger Förde und der Schlei — antreibt, land uns ebenfalls kein Lokal zur Versammlung. Die Unternehmer hatten 3 A. pro Stunde an Lohn zugelegt, und nun glaubten unsere Mitglieder, das Endziel erreicht zu haben. Als dann der Extrabeitrag gezahlt werden sollte, war es mit dem Zweigverein aus.

Der Mitgliederbestand ist in den beiden letzten Quartalen im Gau etwas zurückgegangen. Die durchschnittliche Mitgliederzahl für das ganze Berichtsjahr ist aber gegenüber den Vorjahren gestiegen.

Mitgliederbestand.

	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
1906	11248	13484	13260	12060
1907	12848	14107	13737	11930

Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug im Jahre 1906: 10 667, 1906: 12 513, 1907: 13 155. Namentlich Kiel und Hamburg sind infolge der geringeren Bautätigkeit an dem Rückgang der Mitgliederzahl beteiligt, was aus folgender Gegenüberstellung ersichtlich ist:

	Hamburg	Kiel
1. Quartal	5346 Mitglieder	2187 Mitglieder
2. „	6099 „	2240 „
3. „	5809 „	2040 „
4. „	5163 „	1543 „

Neue Mitglieder wurden im Gau 2661 aufgenommen. Davon 2208 zum ersten Mal, 430 zum zweiten und 23 zum dritten Mal.

Der Extrabeitrag ist im allgemeinen gut bezahlt worden. Extra-Beitragsmarken wurden abgegeben:

	30 A.	40 A.	50 A.	60 A.	Arbeitslos
3. Quartal	1453	7738	22162	54280	2276
4. „	744	2608	8746	20692	1428
SummiederMarken	2197	10346	30898	74972	3697
Betrag M.	659,10	4138,40	15449,-	74983,20	

M. 95229,70

Am Schluß des 4. Quartals 1907 waren im Gau noch Extrabeiträge rückständig:

Wochen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Mitglieder	60	83	94	121	114	75	75	48	68	159

Bei der Bezahlung des Extrabeitrages hat sich wertmindernde ergeben, daß gerade in den Zweigvereinen, wo am meisten Opposition dagegen gemacht wurde, die Mitglieder am besten bezahlt haben.

Bezugslohnungen sind 13 im Berichtsjahre von dem Gauvorstand abgehalten worden. Die Kassenverhältnisse des Gauvorstandes ergeben sich aus folgender Abrechnung:

Einnahme.

Kassenbestand am 31. Dezember 1906.	M. 9787,94
Bom Verbandsvorstand erhalten:	
a) In Beiträgen auf Grund § 80 des Statuts	5247,82
b) Auslagen für Streik zurückgestellt.	2431,60
Beiträge der Zweigvereine.	2826,65
Sonstige Einnahme.	807,65
Summa.	M. 20601,66

Ausgabe.

Beamtengeld:	M. 2388,—
Entgangener Arbeitsverdienst anderer Kollegen.	117,60
Diensten.	2194,—
Jahrgeld.	1626,30
Bureauanteile, Feuerung, Reinigung, Licht und	
Bureau-Müllsacken.	565,65
Druckkosten.	174,45
Porto und Schreibmaterialien.	950,65
Eigung und Revision.	54,35
Zeitungssubskriptionen.	55,75
Versicherung des Vorsitzenden.	44,70
Konferenzkosten.	802,55
Summa.	M. 7874,—

Abschluss.

Einnahme.	M. 20601,66
Ausgabe.	7874,—
Kassenbestand.	M. 12727,66

Davon per Bank bezieht M. 12057,65
 Hugo Kober, Vorsitzender. A. Steiniger, Kassierer.
 Revisoren:
 H. Danne, F. Laue, F. Schmiedecke.

Berichte.

Alt-Cösel. Von allem Guten, Wahrem und Gerechten, das in der Welt um Anerkennung und Bewirtlichung ringt, ist nichts so sehr den beständigen Angriffen des Irrtums und überdem der Lüge und der Bosheit ausgesetzt als das, was die organisierte Arbeiterschaft versteht. Das Bewusstsein ist es aber, daß die Arbeiter immer und immer die Wahrnehmung machen müssen, daß, wo der Unternehmer- oder Kapitalismus nicht hinreicht, stets die Geistlichkeit ihren Teil zur Knechtung und Verflauung des Arbeiters beiträgt. Ein Mittel zur Abwendung der Knechtschaft ist nicht nur die rohe Gewalt, die Peitsche, der Hunger, das Elend, sondern unendlich mehr noch der den Begriff der Menschlichkeit schändende religiöse Wahnsinn, nach dem es im Rufe der Götter oder Gottes beschloffen sei, daß der eine Mensch des anderen Menschen Sklave zu sein habe. Diese ungeheuerliche Lehre ist aus dem Heidentum auf die sogenannten „christlichen“ Völker gekommen. Sie findet noch heute fanatische Verehrer, teils bemitleidenswerte Narren, teils hasenswerte Schurken, die dem unterdrückten, ausgebeuteten, mißhandelten und verachteten Arbeiter zu sagen wagen: Nach „Gottes Rathschluß“ sei er ein armer und elender Proletar; er habe die Pflicht, sein Los geduldig und obendrein „dankebar gegen Gott“ zu ertragen; im „besseren Jenkisse“ werde er dormalerweise die Belohnung finden. Von solchen Grundbissen hat der hiesige Ortsgeistliche am vorigen Sonntag (den 2. März) eine Predigt gegen seine ungläubigen (dem Zentralverband angehörigen) Pfarrkinder gehalten. Er erhob ein lurchbares Jambos, weil die Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes immer noch nicht in die katholische Kirchengemeinschaft übergetreten sind. Zum Schluß hat er einen Zeitungsausschnitt, den ein ungläubiger Alt-Cösel geschrieben haben soll, vorgelesen, aus dem hervorging, daß der Schreiber des Artikels die Alt-Cösel Bürger zum Niederreißen der Kirche und der Pfarrei aufforderte, damit die Geistlichen nicht länger in ihren Klammern ihre Schmerzbüchlein mahlten. Was diesen Artikel, wenn er wirklich existiert, anbelangt, so können wir dem Pfarrrer ruhig beraten, daß seiner von uns solchen Artikel geschrieben hat, und somit überlassen wir ihn seinem Schicksal. Eine weitere Geldbettel des Herrn Pfarrers bestand darin, daß er am 27. Februar bei einer Trauung (wo der Brautgatte seine Austrittserklärung aus dem Verbande dem Pfarrrer bringen mußte) den Kollegen Stollens und Olfenka, die als standesamtliche Zeugen des Brautpaares mit kleinen roten Schleifen an der Brust in der Kirche erschienen, rundweg erklärte: Entweder ihr nehmt die roten Schleifen runter, oder ich nehme von dieser Trauung Abstand. Um Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen, blieb unseren Zeugen nichts anderes übrig, als ihre roten Schleifen in die Tasche zu stecken; erst dann konnte die Trauung vollzogen werden. Jede Kritik gegen solches Vorgehen könnte nur abschwächend wirken, bemerken wollen wir nur, daß die Sitte mit dem roten Schleifen schon seit Jahrzehnten existiert und daß auch noch kein Geistlicher in Alt-Cösel an diesen Anstoß genommen hat. Erst der jetzige Pfarrrer ist darauf verfallen. Einen weiteren Sozialistenhater haben wir hier in einem früheren Kollegen namens August Koblrenner. Als der hiesige Zweigverein am 28. Januar 1905 ein Vergnügen feierte und zu diesem ein hiesiger Gendarm mit einigen Gemeindefreien erschienen, um das Vergnügen aufzulösen, war dieser Koblrenner der erste, der alles kurz und klein schlagen wollte, auch mußte er damals 30 Geldstrafe bledien, und zwar, weil er fortwährend nach Blut geschrien hatte. Dieser Mensch ist wegen seiner eigentümlichen Geistesverfassung zu bedauern, denn man kann doch kaum annehmen, daß ein Mensch mit gesundem Verstand so handeln kann. Nachdem sich Koblrenner die letzten Jahre in Berlin, wo sich unsere Kollegen nach opferreichen Kämpfen einen besseren Lohn erkämpft haben, etwas aus der Finanznot herausgearbeitet hat, kam er im vorigen Jahr auf einmal als strammes Jagdabteiler und echter Gurratriot aus Berlin zurück und mit seiner ganzen Manneswürde, wenn nicht mit Worten, dann mit der Faust, verteidigte er diesen Streikbrecherverband. Nicht nur, daß er unsere Kollegen mißhandelt, auch gegen unseren Zweigvereinsvorsitzenden treibt er sein Spiel, doch hat er bis heute damit keinen Erfolg gehabt. Die neueste Waffe, deren er sich gegen den Zweigvereinsvorsitzenden bedient, besteht darin, daß der Zweigvereinsvorsitzende M. 1600 jährliches Gehalt bezieht. Armer Koblrenner, wenn es noch mehrere solche Leuchten in der Fachabteilung gibt, so werdet ihr bald auf den Hund kommen! Wir wollen aber doch erklären, daß wir aus reiner Überzeugung und nicht

für gleiches Gold für unsere Ideale kämpfen; das ist ebenfalls ein wichtiger Unterschied zwischen uns und den Fachabteilern. Mit dem Vorgehen des hiesigen Schulzen gegen unseren Verband werden wir uns später beschäftigen.

Cösel. Am 3. März hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Ein Vortrag über Tarifverträge wurde des schwachen Besuches halber von der Tagesordnung abgesetzt. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, die Krankenunterstützung nur Sonnabends auszugeben. Ferner wurde beschlossen, daß die arbeitslosen Kollegen sich in drei auf einander folgenden Tagen in der Woche auf dem Bureau zu melden haben, und zwar in der Zeit von 9 bis 11 Uhr morgens und 3 bis 6 Uhr nachmittags. Ein Antrag, einem Kollegen M. 50 aus der Kassa für zu gewahren, wird mit großer Majorität abgelehnt; einstimmig wurde jedoch beschlossen, sofort Sammelkassen für den Kollegen auszugeben. Die Kollegen auf Bauten, die noch nicht im Besitze einer Liste sind, werden gebeten, eine solche auf dem Bureau abzugeben. Die Flugblätterverteilung, die am 16. März vorgenommen wird, soll hauptsächlich von den Kollegen auf den Ortschaften ausgeführt werden. Mögen die Kollegen ihre volle Schuldigkeit zum Nutzen des Verbandes tun. Wann die nächste Versammlung stattfindet, ist noch nicht bestimmt, die Tagesordnung wird jedoch äußerst wichtig sein.

Cösel. Am 23. Februar tagte die Generalversammlung des hiesigen Zweigvereins. Kollege Pfeiffer erstattete den Geschäftsbericht. Endlich ist es mit vieler Mühe und großen Opfern gelungen, den Zweigverein im beschlossenen Jahre lebensfähig zu machen. Im Jahre 1906, bei der schlechten Bautätigkeit hatten wir den größten Tiefstand am Schlusse des zweiten Quartals mit 97 Mitgliedern erreicht. Von da ab hob es sich allmählich, jedoch so langsam, daß am Schlusse des Jahres 1906 die Mitgliederzahl nur 197 betrug. Auch die Winter- und Frühjahrssagitation brachte den gewöhnlichen und erhofften Aufschwung nicht, so daß sich der Gauverband endlich mit dem Gedanken trug, den Kollegen Pfeiffer wieder von Cösel abzugeben, da die aufgewandten Mittel keineswegs mit dem Erfolg in Einklang am 10. März entspann sich eine sehr lebhaft Debatte darüber, ob die Gausätze noch ferner die Mittel für Cösel zu leisten oder ob der Beamte abzugeben werden solle. Kollege Gützmann sprach als auch die Kollegen Pfeiffer und Schneiders-Cösel erklärten aber, daß in diesem Jahre eine bessere die Angelegenheit zu erwarten sei. Aus diesem Grunde wurden die Mittel auf Ausdehnung des Beamten mit dem Bemerkten abgelehnt, noch einmal eine kurze Zeit warten zu wollen. Das zweite Quartal hat nun den erhofften Aufschwung gebracht. Die Zahl der Mitglieder liegt von 255 am Schlusse des ersten Quartals auf 651 am Schlusse des zweiten Quartals. Durch diesen Aufschwung waren wir auch in der Lage, die Mittel zur Verwaltung des Zweigvereins, die noch bis zum Schlusse des zweiten Quartals von der Gausatz getragen wurden, nunmehr selbst aufzubringen. Es gelang uns auch, mit den Unternehmern einen Lohn- und Arbeitsvertrag abzuschließen, der endlich einmal Ordnung in die mißlichen Lohnverhältnisse brachte. Der Lohn lag von durchschnittlich 37 auf 42 1/2, er steigt am kommenden 1. April auf 45 1/2 und in den nächsten zwei Jahren um weitere 3 1/2 pro Stunde, so daß wir im Zeitraum von gut 3 1/2 Jahren eine Lohnsteigerung von 10 bis 12 1/2 pro Stunde erreicht haben, und zwar ohne Kampf, durch friedliche Vereinbarung; gewiß ein recht erfreulicher Erfolg. Auch wurde im Anschluß hieran eine Sektion der Hiesigen gegründet und ebenfalls für die Kollegen ein Tarif abgeschlossen, der den Kollegen wesentliche Vorteile brachte. Leider scheint es, als hätte die Eingetragten der Kollegen durch die schlechte Konjunktur, die im Herbst eintrat, etwas stark gelitten. Es ist ihnen aber dringend zu raten, ihre gegenwärtige Bekämpfung aufzugeben und die Solidarität mehr zu pflegen, damit wir im Sommer bei Ablauf des Tarifes wieder einige Verbesserungen durchführen können. Der in Cösel abgeschlossene Tarif der Maurer wurde auch in der Umgebung durchgeführt, teils durch Unterstützung der Unternehmer, teils stillschweigend. Nur in Vallenbar konnten wir keine Einigung erzielen und mußten die Arbeit einstellen. Leider fanden sich dort einige Streikbrecher zum Vorteil der Unternehmer und zum eigenen als auch zu ihrer Kollegen Schaden. Der Kampf mußte abgebrochen werden. In Reuviden traten wir ebenfalls in eine Lohnbewegung, mußten sie aber wegen der falschen Taktik der Christlichen, ohne zum Rückschlag gekommen zu sein, auf das Jahr 1908 verschieben. Die Christlichen jucken nun immer mehr Einfluss im Zweigvereinsgebiet zu gewinnen; sie werden dabei von Geistlichen und von Schullehrern mit teilweise recht unsauberen Mitteln unterstützt. Rennenswerte Erfolge haben sie aber bis jetzt noch nicht erreicht. Hoffen wir, daß unsere Kollegen sich die Agitation etwas mehr angelegen sein lassen, so daß die Arbeiterzerpfitterung auch für die Zukunft keine größeren Erfolge haben werden; denn das liegt im Interesse der gesamten Arbeiterschaft. Es wurden im Zweigvereinsgebiet abgehalten 28 Mitglieder- und 23 öffentliche Versammlungen, sowie 16 Sitzungen des Vorstandes. Für die Hauptkassa betrugen die Einnahmen M. 8056,55, die Ausgaben M. 7069,46, der Kassenbestand M. 387,09. Für Extrabeiträge wurden M. 1964,60 vereinbart und abgehandelt. Die Kassa hatte eine Einnahme von M. 3005,46, eine Ausgabe von M. 2925,05 und einen Kassenbestand von M. 79,81. Wegen das Jahr 1906 sind das sehr große Fortschritte. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresabschluß 780. Rasse und Wälder wurden in Ordnung gefunden. Bei der Vorstandswahl wurde Kollege Matthias Struß-Forschheim als erster Vorsitzender und Kollege Wilhelm Pfeiffer als erster Kassierer wiedergewählt. Zum Schluß wurde beschlossen, für die drei Wintermonate einen Beitrag von zusammen 50 1/2 zur Stärkung der Kassa und als „Grundstein“-Solportage zu erheben und einen gedruckten Jahresbericht an die Mitglieder zum Preise von 10 1/2 herauszugeben.

Fraustadt. Am 1. März fand hier eine schwach besuchte Mitgliederversammlung statt. Der Kassierer Rahn verlas den Quartals- und Jahresbericht; es wurde ihm Entlastung erteilt. In den Vorstand wurden gewählt: Kollege Emil Brühl aus Fraustadt als Vorsitzender, Kollege Josef Gahn aus Nieder-Britschen als Kassierer. Dann hielt Kollege Brühl eine Ansprache, in der er die

Kollegen ermahnte, die Flugblätterverteilung und Sausagitation nach Kräften vorzunehmen. Nach Aufnahme einiger Mitglieder wurde die Versammlung geschlossen.

Faßberg. Am 25. Februar tagte hier eine öffentliche Maurerverammlung. Die Tagesordnung lautete: Der Zentralverband der Maurer Deutschlands in seiner Kampfen für menschenwürdige Existenzbedingungen seiner Mitglieder. Referent war der Gauvorsitzende Rahn aus Magdeburg. Er schilderte in leichtverständlicher Weise an der Hand statistischen Materials die schweren Kämpfe und bedeutenden Errungenschaften des Verbandes von der Gründung an bis zum heutigen Tage. Hierbei freute er, auch die Verhältnisse am hiesigen Orte und erklärte, daß wir trotz aller Lohnaufbesserungen noch einige Pfennige unter dem Durchschnittslohn im Reich ständen. Dann kam der Referent auf die Schmaragdgeschäfte der Unternehmer zu sprechen und zeigte, wie sie von jeder schon bestrebt gewesen sind, unserer Organisation Knipfel zwischen die Beine zu werfen, und wollen sie den jetzt augenblicklich herrschenden wirtschaftlichen Niedergang dazu benutzen, unsere Organisation zu zerhacken. Zum Schluß erwähnte Kollege Rahn noch die Kollegen, jeß alle Angelegenheiten und persönlichen Angelegenheiten zu lassen, Pflicht aller Kollegen sei es jetzt, sich noch enger um das Banner der Organisation zu fassen, dann würden sich die Unternehmern an der Eingetragten der deutschen Maurer die Stütze verlieren. Lebhafter Beifall lohnte dem Referenten für seine vortrefflichen Ausführungen. Leider war die Versammlung sehr schlecht besucht, von 230 am Ort anwesigen Maurern waren 70 Mann erschienen. Seit der letzten Aussperrung im Jahre 1905 find die Kollegen so gleichgültig geworden, daß sie überhaupt keine Versammlung mehr besuchen. Es sind einige 20 Mann und immer dieselben, die in die Versammlung kommen. Das muß anders werden, der alte Scheldrian muß aufhören, dazu ist die Zeit zu ernt.

Kranzowitz. In der am 26. Februar abgehaltenen Generalversammlung waren von 66 Mitgliedern des Zweigvereins nur 15 erschienen. Bei der Vorstandswahl wurden als erster Vorsitzender und erster Kassierer dieselben Kollegen gewählt, die bisher diese Posten inne hatten. Man klagte über den schlechten Versammlungsbesuch und über die mangelhafte Zahlung der Beiträge, 14 Mitglieder haben noch Beiträge vom vorigen Jahre zu zahlen. Wenn sie ihren Pflichten nicht bald nachkommen, so werden sie gestrichen werden müssen; bei drei Restanten ist das schon geschehen. Öffentlich werden unsere Versammlungen nun im Frühjahr wieder besser besucht.

Rauha. In einer am 23. Februar abgehaltenen öffentlichen Maurerverammlung referierte Kollege Vertbold aus Leipzig über das Thema: „Warum müssen wir uns organisieren?“ Er verbreitete sich eingehend über den Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation. Da auch wir uns hier mit einer Lohnbewegung befassen wollen, so ist es vor allem Dingen Pflicht aller Maurer, sich dem Verbande anzuschließen, da ohne ihn nichts zu erreichen ist. Kollege Wille schloß sich im wesentlichen den Ausführungen des Referenten an. Darauf erstattete Kollege Wille Bericht von der Gauskonferenz zu Leipzig. Er bemängelte den schlechten Versammlungsbesuch und forderte die indifferenten Kollegen auf, Mitglieder des Verbandes zu werden. Solange sich die Kollegen nicht der Organisation anschließen, werden wir auch mit der bestehenden Minderkraft nicht aufkommen können. Sodann wurden noch einige örtliche Angelegenheiten besprochen.

Rüthen. Am 1. März tagte unsere regelmäßige Monatsversammlung, die eigentlich besser hätte besucht sein können. Der Kollege W. Reinhardt erstattete Bericht von der Gauskonferenz. Die Kollegen erklärten sich mit den Ausführungen und den Beschlüssen einverstanden. Nachdem hielt Kollege W. Bericht über die Schächel, welche sie der Zentralorganisation zufügen, zur Sprache. Auch dieser Vortrag wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Nach einer Warnung zu besserem Versammlungsbesuch und lebhafter Agitation wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Rüthenberg. (Jahresbericht.) Das verfloßene Jahr war nicht so bewegt wie das Jahr 1906. Gleich nach Beendigung der Aussperrung traten die Unternehmer mit uns in Unterhandlung und legten uns am 16. Februar 1907 einen Lohn- und Arbeitsvertrag vor, der am 22. Februar von den Kollegen in einer sehr stark besuchten Mitgliederversammlung einstimmig und mit Entrüstung abgelehnt wurde. In den ersten Märztagen wurden wieder Unterhandlungen angebahnt, die für uns zu einem ziemlich günstigen Resultate führten. Der Vertrag, der abgeschlossen wurde, läuft bis 31. März 1910. Die Arbeitszeit ist eine neunehalbündige. Der Lohn beträgt für Rauterpuher 70 1/2 pro Stunde für die ganze Dauer des Vertrages; für Steinhauer im ersten Jahre 69 1/2, im zweiten 69 1/2 und im dritten Vertragjahre 68 1/2 pro Stunde. Der Lohn der Maurer beträgt im ersten Jahre 65 1/2, im zweiten 68 1/2 und im letzten Jahre des Vertrages 69 1/2 pro Stunde. Für Rauterpuher wurde durch Annahme dieses Vertrages 3 1/2 Lohnsteigerung pro Stunde erzielt, für Maurer und Steinhauer 2 1/2 pro Stunde. Die Bautätigkeit war im Frühjahr sehr rege und hielt bis anfangs August an. Von diesem Zeitpunkt an wurden viele Kollegen arbeitslos, die teilweise nach anderen Orten abziehen, teilweise in den umliegenden Ortschaften Arbeit erhielten. Wenn man an den einzelnen Bauten Umschau hielt, sah man nur vereinzelte hier anwesige Kollegen arbeiten; die große Mehrzahl trat das Straßenpflaster. Zurückzuführen ist das nur auf den Umstand, daß ziemlich alle Mitglieder des Gau's Rüthenberg ihr Arbeitsfeld hier suchen, obgleich an diesen Orten die Konjunktur mit der in Rüthenberg Schritt hielt. Uns könnte es ja gleich sein, wer hier arbeitet, aber wir verlangen auch, daß diese Kollegen die Beiträge entrichten, wie sie hier bezahlt werden, und wie es im § 19 Abs. 1 des Statuts festgelegt ist. Dieses gilt hauptsächlich für die Schöpflocher, Alldorfer und Weidenborfer Kollegen, die ja auch in Bezug auf Bezahlung der Extrabeiträge viel zu wünschen übrig lassen. Arbeitseim-

stellungen wegen Lohnbesserungen waren zwei zu verzeichnen. In Gungenhausen verlangten die Kollegen 40 % Stundenlohn. Diese Forderung wurde von den Unternehmern brüskt abgelehnt. In den Streik traten von 30 beschäftigten Kollegen 41. Nach einigen Wochen waren die Unternehmer müde gemacht und 38 % pro Stunde wurden bewilligt. Die Streikenden führten mit der Firma Kottas einen vierzehntägigen Kampf wegen Nichtzahlung des Tariffs; auch diese Bewegung fiel zu unseren Gunsten aus. In Geroltsburg wurde ohne Kampf die Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden vermindert und ein Stundenlohn von 40 % erreicht. In Burgbahrenbach kam ein Tarif zu Stande. Die Vertragsdauer ist vom 1. Juni 1907 bis 1. April 1910. Die Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden. Der Lohn für Maurer beträgt 48 % im ersten, 49 % im zweiten und 50 % im dritten Vertragsjahre. Rauterpuher erhalten alle Jahre 3 % pro Stunde mehr. Wegen Maßregelung kam es in Nürnberg bei vier Unternehmern zu Arbeitsniederlegungen; drei davon waren bald wieder beigelegt, dagegen wurde uns wegen der Waspierre beim Unternehmer Frisch von den Schafmädern Auspepperung angedroht. Mit dieser Sache beschäftigte sich eine Mitgliederversammlung am 23. August; nur dem Eingreifen des Gauvorsitzenden ist es zu danken, daß es zur Auspepperung nicht kam, sondern die Sache wieder beigelegt wurde. Gewerbetätigkeit wurden im Berichtsjahre 38 Kollegen. Auf dem Gebiete der Agitation ist ständig gearbeitet worden; der Erfolg war zufriedenstellend. Es hätte aber mehr erreicht werden können, wenn die Kollegen, die mit der Angelegenheit betraut wurden, ihre Pflicht erfüllt hätten; aber der Nachschub dieser Kollegen ist es anzuschreiben, daß hier ein gutes Stück Arbeit liegen blieb. 220 Baubeschreibungen wurden abgegeben, um den Mitgliedern beizubringen, wie eigentlich auf Bauten agitiert werden muß. Außerdem fanden im Zweigvereinsgebiet 260 Mitglieder resp. Zahlstellenversammlungen, 9 allgemeine und drei Generalversammlungen statt. Obgleich in den Versammlungen sehr reichliche Beiträge gesammelt wurden, fanden es viele Kollegen nicht nötig, diese zu besuchen; außerdem wäre es sehr doch endlich einmal an der Zeit, daß das fleißigste Betragen einiger Kollegen in den Versammlungen aufleuchte. Neu gegründet wurden die Zahlstellen Neumarkt i. d. Oberpfalz mit 17, Weidach mit 30 und Windsbach mit 11 Mitgliedern. Der Zweigvereinsvorsitz erledigte seine Geschäfte in 10 Sitzungen. Baudelegiertenversammlungen wurden 8 abgehalten. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des vierten Quartals 1763, darunter befinden sich 22 Ausländer, 21 Böhmern und 1 Italiener. Der Marktenverkauf gestaltete sich folgendermaßen: Marken zu 65 % wurden 77, zu 60 % 31 291, zu 55 % 15 018, zu 50 % 296, zu 45 % 114, zu 40 % 37, zu 35 % 649 und zu 25 % 1383 Stück verkauft. Die Einnahme der Lokaltasse betrug 11 355,28, die Ausgabe 11 750,95; Kassenbestand 11 700,28. Bezüglich der Ertragsbeiträge ist in Nürnberg ein gutes Resultat erzielt worden; wir haben nur 37 Retenken zu berechnen, davon haben 21 gar keine Ertragsbeiträge bezahlt. 8 Kollegen sind mit 2, 2 mit 1, 1 mit 4, 4 mit 2, und 1 mit 1 Marke im Rückstand. Aber auch diese Kollegen haben sich verpflichtet, im Laufe des Jahres 1908 die Marken nachzulassen. Im allgemeinen können wir sagen, es ist in Nürnberg zur Zufriedenheit aller Kollegen gearbeitet worden, und wenn jeder seine ganze Kraft einsetzt, jeder Organisator und Agitator wird, dann können und müssen wir sie wollen, wir stehen gerüstet da. Nur müssen in Zukunft persönliche Streitigkeiten aufhören, die Kollegen müssen sich gegenseitig achten und lieben lernen, dann wird auch uns einmal die Stunde schlagen, daß wir die Fesseln des Kapitalismus zerbrechen können.

Am 9. Februar tagte in den „Zentralräumen“ unsere Generalversammlung, und am 16. Februar wurden die Vorstandswahlen vollzogen. Gewählt wurden die Kollegen Johann Jiegler als erster Vorsitzender und Amhey als Beamter.

Delsnik i. W. Nachdem es hier seit mehr als einem Jahre den Anschein hatte, als ob die Kollegen von der Organisation überhaupt nichts mehr wissen wollten, konnten wir bei der Sonntag, den 1. März, abgehaltenen Versammlung, die von den Plauenschen Kollegen organisiert worden war, wieder einmal die organisierten Kollegen bis auf fünf Mann versammelt sehen. Es wurde über folgende Gegenstände verhandelt: 1. Die Beziehungen des deutschen Bauarbeiterbundes; 2. Der Bericht von der Gaukonferenz; 3. Jahresbericht; 4. Gewerkschaftliches. Kollege Schürich aus Plauen schilderte in berebten Worten die Maßnahmen der Unternehmer, und forderte zum Schluß die Kollegen auf, mehr als bisher für die Organisation zu wirken, damit am Schluß des Jahres von den noch im Bezirk wohnenden 285 Maurern mindestens die Hälfte der Organisation als Mitglieder angehört. Meider Beifall lobte die trefflichen Ausführungen. Hierauf gab Kollege Peil einen kurzen Bericht über die Gaukonferenz in Leipzig. Eine Diskussion hierüber wurde nicht beliebt. Den Jahresbericht gab Kollege Perzog. Da aus dem Bericht nicht zu ersehen war, wieviel die einzelnen Kollegen ihre Beiträge bezahlt hatten, wurde sofort eine Wiederkontrolle vorgenommen, die allerdings ein trauriges Bild zeigte. Es wurde von den Kollegen allgemein darüber geklagt, daß sowohl der Kassierer als auch der Vertrauensmann nach dieser Seite hin ihre Pflicht sehr schlecht getan hätten; es sei bei einzelnen Kollegen vorgekommen, daß sie seit einem halben Jahre überhaupt keinen „Grundstein“ erhalten hätten. Weiter erklärte Kollege Perzog, daß ihm anlässlich einer Revision 9 Stück Beitragsmarken verloren gegangen seien; er ersuchte die Kollegen, diesen Betrag aus der Lokaltasse zu decken, was nach längerer Diskussion auch beschlossen wurde. Es lag ein Antrag vor, die Mitgliedschaft Delsnik aufzulösen und sie der Mitgliedschaft Plauen anzugliedern, und bei dieser Angelegenheit auch zugleich eine Einheitsmarke von 45 % einzuführen. Dieser Antrag zeitigte eine längere Debatte. Es wurde von allen Nebnern die Notwendigkeit der Durchführung dieses Antrages als im Interesse der Delsniker Kollegen liegend anerkannt. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Nach einigen weiteren Ausführungen wurde die Versammlung mit einem kräftigen Schlußwort des Kollegen Schürich nach vierstündiger Dauer geschlossen.

Ceunhausen. Am 7. März hielt der hiesige Zweigverein seine Monatsversammlung ab, an der 40 Kollegen teilnahmen. Die Angelegenheit des Kollegen Hauptmeier wurde dem Vorsitzenden erläutert und für gerecht erklärt. Der Kollege Fr. Schulte wurde als Delegierter zur Gaukonferenz in Hannover gewählt. Dann wurde der Antrag des Kollegen Althoff, unsere Bücher der Gewerkschaftsbibliothek zu überweisen, angenommen. Den Auszahlern der Reiseunterstützung wurde nachträglich für die Woche 4 1 bewilligt. Zum Schluß forderte Kollege Althoff sämtliche Kollegen auf, an der bevorstehenden Flugblattverbreitung teilzunehmen; er schilderte auch noch mit ganz besonderem Nachdruck die Notwendigkeit der Agitation. Kollege Kleie-Herford ersuchte ebenfalls die Kollegen, kräftig zu agitieren, besonders in dieser für uns schweren Zeit. Dann wurde noch vom Vorsitzenden der nächste Besuch der Februarversammlung gerügt, worauf die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands geschlossen wurde.

Oberode i. S. Am 1. März tagte unsere regelmäßige Monatsversammlung, die eigentlich besser hätte besetzt sein können, weil jedes Mitglied benachrichtigt worden war, daß am 1. März die Versammlung sei. Kollege Wendowski von Graudenz hielt einen längeren Vortrag über Krankheitsausbreitung und empfahl den Mitgliedern an die Zentralkrankenkasse. Es wurde beschlossen, sich der Zentralkrankenkasse anzuschließen.

Borsheim. Sonntag, den 1. März, fand hier eine Bezirkskonferenz statt, die eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen hatte. Nach einem Vortrage des Kollegen Bernhard über: „Die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften“ wurden in eingehender Weise die Beitragsfrage und die Frühlingsagitation besprochen. — Nach unseren Vereinbarungen mit den vereinigten Maurermeistern werden vom 1. April an pro Stunde 54 % bezahlt. Demzufolge erhöht sich auch nach 3 19 unseres Statuts der Verbandsbeitrag um 5 % pro Woche. Mit seltener Einmütigkeit erklärten sich die Zahlstellenvertreter für Beibehaltung des bisherigen Beitragsbetrages von 10 % und somit für einen wöchentlichen Gesamtbeitrag von 65 %. Wir werden dadurch in eine höhere Unterhaltungskasse eingereiht, was vielleicht unseren Kollegen nächstes Jahr sehr willkommen sein wird. Der bereits abgeschaffte Winterbeitrag soll endgültig beibehalten bleiben. An dieser Stelle möchten wir auch dem Bunde der Konferenz Erwähnung tun, daß die in Borsheim arbeitenden Mitglieder des Zweigvereins Kartusche in diesem Jahre in puncto Beitragszahlung ihre Pflicht erfüllen mögen. Der Mindestbeitrag für Kollegen, die in einem anderen Berufe beschäftigt sind, beträgt in Zukunft 40 %. Ferner werden Arbeitslosenmarken nur noch an die Kollegen abgegeben, die sich auf dem Bureau oder bei den Zahlstellenvorständen arbeitslos gemeldet haben. Die Agitation soll in allen Ortschaften mit der Verbreitung des Flugblattes eingeleitet werden, und am 22. März sollen dann in allen Zahlstellen Versammlungen stattfinden. Daß dieselben durchweg einen Massenbesuch aufweisen, dafür hat jeder Kollege Sorge zu tragen. Jeder muß jetzt Agitator sein; hundert neuer Mitglieder müssen gewonnen werden. In einem weiteren Punkte wurde noch manche schwebende Frage erledigt, und endlich auch mit einigen Nöthern, die sich gern als Vertreter der Mitglieder gerieren, gründlich abgerechnet. Die Konferenz verurteilte auf das schärfste deren organisationswidrigen Treiben und nahm einstimmig eine Resolution an, die am Schluß dabei ausging, daß in dem Emigrationskampfe der Arbeiterklasse nur die vollständige Einigkeit und ein einziges solidarisches Zusammenwirken aller Klassen genossen den besten Erfolg verspricht, und deshalb die in Betracht kommenden Kollegen aufgefordert werden, ihre Bauhelferarbeit einzustellen und in Zukunft wieder in Reich und Glied mitzuarbeiten an dem Gelingen unseres Zweigvereins. Hierauf wurde die prächtig verlaufene Konferenz mit einem dreifachen Hoch auf unseren Verband geschlossen.

Plauen i. W. Mittwoch, den 4. März, tagte hier eine öffentliche Maurerverammlung, die verhältnismäßig gut besucht war. Kollege Schürich referierte und zeigte an der Hand eines reichhaltigen Materials, wie die Unternehmer, getreu dem Grundsatz, den sie bei Gründung ihres Bundes aufgestellt hatten, auch jetzt wieder versuchen, die Organisation der baugewerblichen Arbeiter zu zertrennen. Es sei eitel Zug und Trug, wenn die Unternehmer der Öffentlichkeit gegenüber erklärten, sie wollten den Arbeiter ebenfalls mit beraten lassen, unter welchen Bedingungen er in Zukunft zu arbeiten habe; wäre dies der Fall, dann würde man auch keineswegs dazu kommen können, an dem berühmten Mustervertrag festzuhalten. Weiter schilderte Meider die ganze historische Entwicklung der Arbeiterverbände und kam zu dem Schluß, daß wir als Arbeiter den Maßnahmen der Unternehmer sehr Mißgelingen entgegenstellen könnten, wenn wir unsere Organisation so ausgebaut hätten, daß wir die gefährlichen Schläge der Unternehmer jederzeit parieren könnten. Da nun in Plauen nach dieser Seite hin noch so manches fehle, sei es die heiligste Pflicht eines jeden Kollegen, dafür zu sorgen, daß das Versäumte baldmöglichst nachgeholt werde. Den Bericht von der Gaukonferenz gab Kollege Peil. Er wies an der Hand von Zahlen nach, daß auch während der letzten beiden Jahre im Gau Leipzig ganz erhebliche Fortschritte gemacht wurden. Weiter zeigte er, wie die Agitation in Zukunft betrieben werden soll. In der Diskussion kam die Meinung zum Ausdruck, daß die Konferenz eigentlich weiter nichts Positives gezeigt habe, als daß Kollege Jacob wieder als Vorsitzender gewählt worden sei. Im übrigen aber werde alles wieder beim Alten bleiben, obgleich man wohl die Verbreitung einer besseren Agitation im Vogtland und Erzgebirge zugehört habe. Es wurden dann drei Kollegen in die Agitationskommission gewählt, weil das zu bearbeitende Gebiet sich in letzter Zeit durch die Auflösung der Mitgliedschaft Delsnik ganz erheblich erweitert habe.

Mit der Aufforderung, sich an der demnächst vorzunehmenden Flugblattverbreitung zahlreich zu beteiligen sowie unermüdet für den weiteren Ausbau der Organisation tätig zu sein, wurde die Versammlung geschlossen.

Regensburg. Am 1. März tagte hier eine ordentliche Mitgliederversammlung. Laut Statut zahlten unsere Regensburger Kollegen einen Wochenbeitrag von 40 %. Angesichts der drohenden Gefahr einigte man sich dahin, einen solchen von 45 % an die Hauptkasse und einen Lokaltaschengeld von 5 %, also einen Einheitsbeitrag von 50 % zu leisten. Somit sind unsere Kollegen in Regensburg und Umgebung während der Wintermonate frei von aller Beitragsleistung, was allseitig freudig begrüßt wurde.

Striegau. Sonntag, den 23. Februar, tagte hier eine öffentliche Maurer- und Zimmererversammlung, die sich mit dem neuen Lohnstarife beschäftigte. Der Tarif wurde nach genügender Aussprache einstimmig angenommen und soll den Unternehmern alsbald unterbreitet werden. Den Musterarif, der uns vom Arbeitgeberbunde zugesandt, in einer früheren Versammlung aber abgelehnt wurde, unterzog Gauleiter Meider einer Kritik und machte den Kollegen klar, wie notwendig es sei, gegen derartige Tarifverträge Front zu machen. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Hierauf wurde noch die Wahl einer Lokaltaschkommission vollzogen, und dann schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Zentralverband die Versammlung.

Stuttgart. Zu dem Bericht in Nr. 9 des „Grundstein“ wird uns geschrieben: In dem Bericht über die Generalversammlung des Zweigvereins Stuttgart stellt der Berichtserstatter am Schluß die Behauptung auf, die Kollegen Böß, Heinz und Ruff hätten in unbedachtiger Weise die Tätigkeit des Zweigvereins- und Gauvorsitzenden, insbesondere aber die der Revisoren kritisiert. Obwohl wir nun glauben, zur Kritik berechtigt gewesen zu sein, hätten wir doch zu diesem Vortrags geschwiegen, wenn der Berichtserstatter nicht so sehr mit der Wahrheit in Konflikt geraten wäre. Derselbe schreibt nämlich, Kollege Heinz hätte aus Muth, daß sein Antrag nicht angenommen wurde, seinen Posten als Hilfskassierer niedergelegt. Dem Berichtserstatter müßte doch bekannt sein, daß der Kollege Heinz nur aus Muthweife das Amt eines Hilfskassierers beabsichtigte. Der Kollege Heinz hatte seine Muth, weil sein Antrag nicht angenommen wurde, dies ist eine Verweigerung der Tatsachen. Die Sache liegt so, daß es öfter schwer fällt, wirklich tüchtige Kollegen dauernd für diesen Posten zu bekommen. Deshalb stellte Heinz den Antrag, einen etwas höheren Entschädigung als bisher zu gewähren. Wir bestreiten nun unserem Vorsitzenden durchaus nicht das Recht, Anträge, deren Annahme er nicht für gut befindet, zu bekämpfen, glauben aber doch nicht zu weit zu gehen, wenn wir das Recht beanspruchen, wenigstens Anträge stellen und begründen zu dürfen. Die Behauptungen, die der Kollege Böß aufstellte, entsprechen den Tatsachen, und er betrat deren Erwähnung nicht als unehrenhaft. Was nun den Kollegen Ruff anbelangt, so hatte er ebenfalls Grund, Beschwerden vorzubringen. Die Organisation fordert von uns Disziplin, aber kein Stillschweigen. Damit ist die Sache für uns erledigt.

Alburt Ruff. Hr. Heinz. Joseph Böß.

Taucha. Die Maurer Tauchas hielten am 29. Februar eine öffentliche Versammlung ab. Kollege Jakob besprach zunächst die Pläne des Arbeitgeberbundes. Zum Vertrauensmann wurde der Kollege Näther gewählt. Die Entschädigung des Vertrauensmannes wurde von 44 auf 40 erhöht. Ein Antrag, den Kollegen Otto Reimke aus dem Verbands auszuscheiden, wurde angenommen. Die Kollegen aus Leipzig mußten ihre Marken von Taucha entnehmen. Die Reklamen werden aufgefordert, ihren Verpflichtungen nun sofort nachzukommen.

Thorn. Die am 16. Januar begonnene Jahresversammlung fand am 27. Februar ihre Fortsetzung. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Zum ersten Vorsitzenden wurden vorgeschlagen die Kollegen Retowski und Wisniewski; gewählt wurde Retowski. Zum ersten Kassierer wurden vorgeschlagen die Kollegen Urbanski und Souerland; gewählt wurde Urbanski. Als Schriftführer wurde Kollege Reng gewählt. Hierauf wurde die Entschädigung des Vorstandes und der Kassenrevisor festgesetzt; auch wurde an drei Kollegen Unterstützung gewährt, da sie durch Krankheit und Arbeitslosigkeit der Unternehmung bedürftig sind. Dann referierte Kollege Mehdowski aus Graudenz über: „Die Pläne der Unternehmer in Bannmerbe.“ Er beleuchtete die Generalversammlungsbeschlüsse des Arbeitgeberbundes, die keinen Zweifel darüber lassen, daß der Bund seine ganze Macht daran setzen will, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, und daß er zu diesem Zweck die Arbeiter durch Massenversammlungen müde zu machen und die Klassen der Verbände zu sprengen gedenkt. Im Schlußwort besprach Kollege Wendowski noch das Vereinsgesetz und ermahnte die Kollegen, sich mehr als bisher der sozialdemokratischen Partei anzuschließen und sich an der Frühlingsagitation rege zu beteiligen.

Zimmerode. Sonntag, den 1. März, hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Kollege Range aus Magdeburg referierte über: „Der Zentralverband der Maurer Deutschlands in seinen Kämpfen für menschenwürdige Existenzbedingungen seiner Mitglieder.“ Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Dann wurde vom Kollegen Range darauf hingewiesen, daß in der politischen Organisation hier am Orte noch viel geleistet werden muß. Er wies auch auf die gegenwärtige Presse hin und meinte, diese müsse in den Kreisen der Kollegen verschwinden.

Ulm. (Berichtigung.) In Nr. 36 (Jahrg. 1907) hatten wir einen Bericht über eine am 19. August 1907 in der „Sonne“ abgehaltene öffentliche Baubauarbeiterversammlung. In diesem Bericht war behauptet worden, daß der Gewerbetreibende Müll aus Magdeburg u. a. folgendes erklärt habe: Die Arbeiter werden heute durch Bezahlung nach Tag- oder Stundenlohn von den Arbeitern ausgebeutet; bei Tagelohnarbeitern sitzen die Arbeiter fundenlang auf dem Abort und rauchen Zigaretten, Zigarren sind ihnen nicht mehr gut genug. In Ulm arbeiten sie mit

allen Kräften, um den Tagelohn zu überschreiten und einen Ueberlohn zu erzielen, während sie bei Tagelohn dem Meister den Tag abstellen! Wir können diese Angaben über die von Mülling angeblich gemachten Ausführungen nicht aufrecht erhalten, weil sie den Tatsachen nicht entsprechen. Wir nehmen darum auch die in Nr. 38 (Jahrgang 1907) dem Mülling gemachten Vorwürfe der Arbeiterfeindschaft und Unwahrschaffigkeit zurück.

Die Redaktion des „Grundstein“.

Wir haben zu dieser Berichtigung, die wir infolge eines gerichtlich abgeschlossenen Vergleichs abgeben, noch zu bemerken, daß es höchst bedauerlich ist, wenn uns Dinge berichtet werden, die nachher an Gerichtsstelle nicht aufrecht erhalten werden können. Wir sind nicht in der Lage, jeden einzelnen Fall, dessen Veröffentlichung man von uns wünscht, auf seine Tatsächlichkeit nachzuprüfen, sondern müssen uns auf unsere Kollegen verlassen können, daß sie wahrheitsgemäß berichten. Das ist in diesem Falle anscheinend nicht geschehen. Wir wir gelegentlich der Gerichtsverhandlung erfahren, hat nicht Mülling, sondern ein Herr J. Dunderfeger Schmid die oben angeführte Schmährede von sich gegeben. Das sollten die Kollegen aber gleich gesagt haben, dann hätten sie uns diese Berichtigung und der Verbandskasse etliche Mark Geld erspart.

Wolfsau. Sonntag, den 1. März, fand eine Mitgliederversammlung in Hohenfeld statt. Es handelte sich um die Sonntagsgesellschaft, der die Hohenfelder Kollegen noch ziemlich stark laubigen. Sie waren denn auch alle anwesend. Der Vorsitzende und einige Kollegen vom Zweigverein Wolfsau waren zu dieser besonderen Versammlung ebenfalls erschienen. Der Vorsitzende, Kollege Wölbert, legte den Kollegen ans Herz, die Sonntagsgesellschaft zu meiden, was nach längerer Diskussion angenommen wurde. Wo es nun nicht aufhöre, sollen andere Maßregeln getroffen werden. Hierauf wurde die Versammlung in guter Stimmung geschlossen.

Hwidau. Am 1. März tagte im „Belvedere“ eine gut besuchte Maurerverammlung. Zunächst wurde die in der Generalversammlung vertagte Kassenprüfung erledigt; gewählt wurde Kollege Richard Wolf in Hwidau, Elsfasserstraße 66. Sodann referierte Kollege Jettel über die Kriegspläne der Unternehmer. Er führte aus, daß die Taktik der Bauunternehmer dahin geht, die Maurerorganisation zu lähmen und die Lohnverbesserungen, die in den letzten Jahren mit Hilfe der Organisation, erzielt worden sind, wieder zu nichte zu machen. Dieser Plan der Unternehmer sei so feindlich, daß selbst dem zurückgebliebenen Arbeiter der Gedanke kommen müsse, sich zu organisieren, um die Willkür der Unternehmer einzudämmen. Die angelegte Scheibe sei nicht leicht zu nehmen, sondern es gelte, die ganze Karte einzufangen für die Stärkung der Organisation durch Gewinnung neuer Mitglieder. In der Diskussion sprachen sich alle Redner dahin aus, daß auch die Hwidauer Maurer bereit seien, die schwersten Opfer für ihre Organisation zu bringen, wenn es den Unternehmern danach gelüsten sollte, die Ausperrungspläne aus hier zur Durchführung zu bringen. Mit der Aufforderung, daß sich die Kollegen zu der am Sonntag, den 15. März, in allen Orten stattfindenden Flugblattverteilung unter den Maurern rege beteiligen sollen, wurde die Versammlung geschlossen.

Gliesenleger.

Münchberg. Stand das Jahr 1906 unter dem Einfluß des Maurer- und Bauarbeiterstreiks, der sich in verminderter Arbeitsgelegenheit offenbarte, so war das Jahr 1907 in bezug auf Arbeitsgelegenheit das beste seit Bestehen der Section, nicht aber in der Behandlung der Arbeiter. War auch in der ersten Hälfte 1907 über den Eingriff der Unternehmer in das Recht der Arbeiter, da Arbeit zu nehmen, wo sich diese bietet, nur vereinzelt zu klagen, so steigerte sich die Klage in der zweiten Hälfte und hier wieder in dem letzten Viertel ganz bedeutend. Obwohl wir mit den Unternehmern im Vertragsverhältnis stehen, begreifen sie doch immer deutlicher den „Herrn im Hause“ herbeizurufen; sie diktiert: „Bei diesem oder jenem Unternehmer habt ihr zu arbeiten oder auch nicht zu arbeiten, wenn ihr nicht Gefahr laufen wollt, in allen Geschäften von der Arbeit ausgeschlossen zu werden.“ Einstellungen durften nur mit Genehmigung des letzten Prinzipals vorgenommen werden, und dem Einstellenden wurde gleichzeitig bedeutet, daß er die Einstellungen wieder zu entlassen habe, sobald der frühere Unternehmer sie wieder gebraucht. Wegen geringfügiger Wortwechsel mit Angestellten werden Arbeiter von der Arbeit ausgeschlossen. Ferner wurden Ausländer eingestellt, während hiesige Arbeiter feierten. Dieses ist auch jetzt wieder der Fall. J. B. werden im Bahnhof, angeblich von der Fabrik Klingenberg, Ausländer als Legeh verwendet, während hiesige Arbeitslose sind, ja, erst kurz vorher wegen Arbeitsmangels entlassen wurden. Warum die Fabrik hier wohl ihre Vertretung hat, wenn sie die Bahnarbeiten selbst ausführt? Nachdem von unseren Kollegen Maßnahmen getroffen wurden, diesem Gebahren zu begegnen, und diese auch vom Arbeitgeberverband als gerechtfertigt anerkannt wurden, setzen sie erst recht ihre Taktik der kleinen Mähen und Läden fort. Und da wollen die Herren noch besonders von Bildung und gutem Ton reden! Sie entziehen sich auch über die forenschen Löhne, und dabei haben die Arbeiter, außer die für Wohnbeläge, überhaupt noch keine Erhöhung erfahren. Uns weist man vor, wir verteuerten das Produkt durch hohe Löhne. Dabei übersehen die Herren, oder sie wollen es nicht sehen, daß der Lohn bei mäßigen Ansprüchen an das Leben noch keineswegs zu einer menschenwürdigen Lebenshaltung ausreicht. Und weiter übersehen sie, wie fürchterlich überflüssig sie selbst sind; denn es steht fest, daß ihre Leistungsfähigkeit gleich Null ist. Ferner muß diesen Herren vollständig entgangen sein, daß die Leistungen in den letzten Jahren ganz bedeutend gesteigert wurden, so daß bei der heute üblichen neunzehnstündigen Arbeitszeit die Leistung größer ist, als sie früher bei der zwölfstündigen Arbeitszeit war; daß auch die Stundenlöhne gegen früher wesentlich gestiegen sind, ist wenig von Bedeutung, weil alle Arbeiten in Accord angefertigt werden. Die älteren Geschäfte bewahren bei diesem Treiben wenigstens noch eine

gewisse Passivität, aber einige der neuen Firmen, und dies gilt vor allen von den Herren Fr. Hund und G. Rottke, glauben, sich in der geschäftlichen Weise ganz besonders hervortun zu müssen. Diese kleinen Gernegroße fühlen sich im Winter als Herren der Situation und schreiben dabei noch über die Unanständigkeit der Arbeiterorganisation. Den Herren vor allen aber dem ersten, wäre zu raten, doch endlich einmal die oft gebrauchte Drohung wahrzumachen und ihr Geschäft aufzugeben. Denn die Arbeiter wissen ihnen kein Dank dafür, daß sie immer wieder so selbstlos sind und Arbeiten übernehmen, nur um die Arbeiter zu beschäftigen. Es ist das Geschick der Selbstlosigkeit, mißhandelt zu werden. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß diese Zeiten doch betragen, die Verhältnisse zwischen den hiesigen Unternehmern und Gliesenlegern in kürzerer Zeit zu bessern.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 1. bis 7. März sind folgende Beträge eingegangen: Von der hiesigen Verwaltung in Tempin M. 200. Zuschüsse erhielten: M. 600, Pirna 300, Dortmund 300, Köln a. Rh. 300, Magdeburg 200, Hannover 200, Straßburg 200, Altona 200, Rangenfelshol 200, Mannheim 200, Lutter am Bbg. 150, Greibitz 100, Sagen i. B. 100, Pantow 100, Tietrow 100, Genshau 100, Baruth i. d. M. 100, Meuselndorf 100, Görsche 50, Wefensleben 50, Elbing 50. Summa M. 3700.

Altona, den 7. März 1908.

Karl Reiff, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschuh, Submersionen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Ausfällen, Vorfällen, Vorfällen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Alte d. t. Am 3. März ereignete sich im benachbarten Wolfersfeld auf nicht aufgeklärte Weise ein schwerer Unfall. Mehrere Kollegen waren mit dem Abruch eines Giebelbalkens befaßt. Beim Anheben und wegnehmen eines Balkens ließ sich ein Stützbaumwerk ab, schwebte unteren Kollegen B. Deneke zu Boden und zertrümmerte ihm den rechten Unterschenkel; außerdem ist er noch am Kopf und Rippen verletzt. Der Bedauernswerte wurde vom Arzt verbunden und sofort in die Klinik nach Halle a. d. S. gebracht. Der Kollege ist verheiratet und hat zwei Kinder. Dem Vernehmen nach soll kein Verbandskasten auf dem Bau gewesen sein. Der Fall ist eine scharfe Mahnung an die Kollegen, vorsichtig und gewissenhaft bei solchen Arbeiten zu sein.

Gr. H. d. n. Am 3. März ereignete sich beim Neubau der Holzgasmühle auf der Gemarkung Germann II, wo die Firma Scherping die Bauarbeiten ausführt, ein Baunfall. Das Gerüst in 8 m Höhe vom Erdboden war ohne Schutzgerüst und nicht abgesichert. Man hatte vor den Fenstern Streichbäume durchgehoben, die an zwei Nieten mit Ketten wohl nicht einwandfrei befestigt waren. Diese Stelle war auch mindestens doppelt belastet. Als nun ein Steinträger seine Last abwarf, brach der vor dem Fenster durchgehobene Baum durch und fünf Mann stürzten in die Tiefe. Der Steinträger blieb an einem Kiezelriegel hängen. Drei der Abgestürzten kamen mit leichten Verletzungen davon, zwei erlitten mehr oder minder schwere Kopfverletzungen und Miedergliederfrakturen und mußten in das Krankenhaus nach Hildesheim gebracht werden. Ueberhaupt wird an diesem Bau ein Gerüst gemacht, das nicht mehr zum Ansehen ist; fünf bis sechs Stabholze stehen auf einem Brett, ohne in die Erde gehen zu können. Aufstellung scheinen der Meister Scherping und seine Poliere nicht zu können. Ein Baustellenträger läßt sich nicht sehen, obwohl der Bau nun schon über vier Monate im Gange ist, wenn man nicht den Ortsgegnern dafür ansehen will, der aber jedenfalls nicht viel vom Bauarbeiterchuh versteht.

Reine. Am 7. März, morgens 9 Uhr, stürzte an einem Neubau des Unternehmers M. ein Seitenfront zusammen, mit ihr fielen drei Maurer und zwei Bauarbeiter 3 m tief hinab. Ein Arbeiter davon mußte schwer verletzt ins Krankenhaus geschafft werden, die übrigen vier kamen meist mit leichten Verletzungen davon.

S. n. t. b. g. n. Am 6. März ereignete sich an dem Fabrikbau Marga, Firma Busch, ein Unfall. Der Kollege Fritz Nostke trug einen Eimer Wasser die Leiter hinauf, dabei glitt er aus und stürzte in einer Höhe von 5 m hinab. Er zog sich eine schwere Kopfverletzung zu.

Storow. Ein Opfer feines Verfalls und der heutigen Gesellschaft wurde am 29. Februar der Zimmermann Witz, Ringaus aus G. Schauen. Er war beim Maurer- und Zimmermeister Prädel beschäftigt und arbeitete auf dem Bau des unorganisierten Maurers Moos beim Nieten. Beim Hinaufnehmen des dritten Balkens stürzte er so unglücklich in den Keller hinab, daß er Schenkel- und Schenkelbrüche erlitt. Das Unglück wurde dadurch so groß, weil der Keller nicht abgedeckt war. Der Verletzte wurde sofort in das Krankenhaus nach Frankfurt a. d. S. gebracht.

Wittenberg. Am 29. Februar stürzten auf dem Neubau des Maurermeisters Rott in der Gohngollersche Straße drei Arbeiter beim Ausheben ein, als sie sich gerade zu Tage geltend hatten. Glücklicherweise wurde niemand verletzt. Schuld an dem Unfall ist wohl, daß man die Kappen gleich nach ihrer Fertigstellung als Laufbrücken benutzte. Man legt ein Brett darüber, und dann fährt man sogar mit Karren darüber. — An demselben Tage stürzte der Maurerlehrling Jura, der bei dem Meister Rott beschäftigt ist, aus der zweiten Etage, wahrscheinlich infolge eines Festtritts. Das Blut kam dem Jungen aus

Mund und Nase; er erholte sich aber bald wieder, und dann ließ ihn der Rott ohne Begleitung ein Stunde Wegs allein nach Hause gehen.

*** Zum Bauarbeiterchuh in Bayern.** Eine im Herbst v. J. in München abgehaltene Bauarbeiterkonferenz hat an den bayerischen Landtag eine Petition gerichtet, worin die Verbesserung des Bauarbeiterchuhes auf den verschiedensten Gebieten gefordert wird. Kürzlich hat nun ein Ausschuß der Abgeordnetenversammlung über die Petition beraten und einstimmig beschlossen, sie der Staatsregierung zur Würdigung hinüberzugeben. Der Referent des Ausschusses gab die Statistik der Baunfälle nach Aufzeichnungen der bayerischen Baugewerkschaftsvereinigungen bekannt; rügte die ungenügende Kontrolle der Bauten; die teils auf Überlastung der Baustellenträger, teils auf mangelhafte Kenntnis der aufgestellten Baustellenträger zurückzuführen sei. Die Bezahlung der Baustellenträger sei meist so gering, daß sie nicht den Lohn eines tüchtigen Arbeiters erreiche, weshalb es erklärlich sei, wenn nicht die tüchtigen Leute sich auf diesen Posten befinden; von den Arbeiterorganisationen die Baustellenträger wählen zu lassen, was allein Garantie für die Auswahl tüchtiger Leute bieten könnte, dazu habe sich die Regierung leider nicht entschließen können.

Der Vertreter des Staatsministeriums s. Ministerialrat Wagner, bemerkte, daß bei Vergütung von Arbeiten der Verfallsverpackung, die Arbeiterhubschiffen als zwingende Bestimmungen den Verträgen mit den Unternehmern zu Grunde gelegt werden. Weitere Schutzmaßnahmen werden in Erwägung gezogen. Bei Bauausführungen in Regie ergebe die Natur der für die Verfallsverwaltung auszuführenden Arbeiten, daß man die Aufsicht den Baumeistern oder Technikern übertragen müsse; übrigens sei die Verfallsverwaltung nicht abgeneigt, bei größeren Bauten auch Arbeiter als Bauaufseher einzustellen. Oberregierungsrat Collatz teilte mit, daß das Ministerium des Innern bereit sei, die Bauarbeiterhubschiffen weiter auszubauen. Anregungen hierzu würden gerne entgegen genommen. Im vorigen Herbst wurden die Kreisregierungen zur Berichterstattung aufgefordert; mit weiteren Maßnahmen habe man aber abgewartet, bis nach Verhandlung dieser Petition. Die Einzelheiten dieser Petition, zum Teil sehr schwierige Fragen, müßten von Sachverständigen, Arbeitern und Unternehmern, im Ministerium des Innern eingehend geprüft und dementsprechende Maßnahmen getroffen werden. Die Hauptsache sei bei allen Arbeiterchuhmaßnahmen der Vollzug. Und da müsse er allerdings sagen, daß auch bei den Arbeitern selbst noch vielfach das Verständnis für die Wichtigkeit des Arbeiterchuhes mangelte; da sollten die Arbeiterorganisationen nachhelfen. Obligatorisch könne man die Aufstellung von Baustellenträgern nicht vorschreiben, da man in die Selbstverwaltung der Gemeinden nicht eingreifen könne; aus diesem Grunde könne auch von einer Angliederung der Baustellenträger an die Gewerbeinspektoren keine Rede sein.

*** Architekt und Künstler.** Ueber dieses Thema hielt kürzlich der Professor Wehrns in Berlin einen interessanten Vortrag. Professor Wehrns gab einen Überblick über die architektonischen Typen der Gegenwart. Die Baukunst geht aus von der Wohnung des einzelnen und beeinflusst von da aus die repräsentative Architektur. Sobald erstere gesund und stark ist, ist das richtige Fundament gegeben. Das Stadthaus führt, da der Grund und Boden teuer ist, von selbst zum Hochbau. Fenster müssen Licht und groß sein, die Tür schmal und hoch. Solange das städtische Mietshaus noch nicht konsequenter sich entwickelt und die Parteien zu einem Kollektivbegriff eint, mit gemeinsamer Küche, Unterhaltungsraum usw., schafft es keinen eigenen Typ und das Landhaus hat als Ausgangspunkt zu dienen. Den Uebergang bildet das Haus in der Vorstadt, wo im Gegensatz zum Stadthaus breit gebaut werden kann, mit Garten und mit großer Diele als Eintrittsraum. Das echte Landhaus breitet sich ganz aus und der Garten bildet die natürliche Ueberleitung zum Wald. An Beispielen alter und neuer Zeit zeigte Wehrns die Typen. So für das Stadthaus das alte Kornhaus in Bremen; für das Landhaus englische Häuser.

Der Typus des englischen Hauses, das in seiner Sachlichkeit und Intimität vorbildlich sei, führte zu den beiden Grundeigenschaften modernen Bauens, der konstruktiven Gestaltung, der Materialempfindung. Alles hat seinen Zweck, nichts vorzudecken wollen. Jeder englische Junge lernt auf der Schule ein Sandwerk und der Vortragende führt darauf das Verständnis der Engländer für Materialwirkung und Schönheit zurück. Eine kommende Kultur müßte immer darauf dringen, diese Ehrlichkeit und Sachlichkeit zu geben.

Der Grundriß sei genau nach den Bedürfnissen anzufertigen, die der Architekt genau zu studieren habe; ebenso müsse in der Fassade etwas vom Charakter der Einwohner zu erkennen sein. Das Beispiel des Hauses der Diamantarbeiter in Amsterdam von Verlage mit der ersten und letzten Monumentalwirkung erläuterte das.

An die Stelle des Stilprinzips tritt dann von selbst die konstruktive Sachlichkeit, die Materialehrlichkeit, und beide ergeben eine neue Schönheit. Das Eigen zeigt das, und es gibt moderne Bauformen, die die Schönheit dieses Materials imponiert einschließen. Daran ist anzuknüpfen. Dann werden wir aus dem Chaos der heutigen Baukunst herauskommen und eigene Formen prägen, die dem Charakter der alten im Werte gleich sind. Wie jene wirkten alte Städte, wenn sie auch verschiedenen Stilcharakter haben, wie schön sind sie in die Landschaft gesetzt, wie sie organisch wie Naturgebilde wirken.

Ans Unternehmerkreise.

*** Vereinigung der Unternehmer im Wattenwerde.** Der Verband deutscher Plattenmacher hat am 23. Februar in Berlin eine Generalversammlung abgehalten, um die Vereinigung sämtlicher Plattenunternehmer in einen Reichsverband in die Wege zu setzen. Zur Zeit besteht neben dem „deutschen Verband“ eine „Vereinigung der Arbeitgeber im Plattenwerde in Essen“. Dieser Verein hat 67 Mitglieder, während der Verband

der erst seit circa einem Vierteljahr besteht, 60 Mitglieder zählt. Ein Vertreter des Essener Vereins sprach sich zunächst zur Verschmelzung aus. Der Vorstand des Verbandes wurde durch einstimmigen Beschluß der von etwa 80 Mitgliedern besuchten Generalversammlung beauftragt, mit dem Essener Verein (der sich über Rheinland-Westfalen erstreckt) bezüglich der Verschmelzung der beiden Vereine in Verbindung zu treten; dem Vorstand wurde Vollmacht gegeben, selbständig den Abschluß des Abkommens herbeizuführen. Der Essener Vereinigung wurde der erste Vorsitzende des neu gegründeten Verbandes zugewandt. Auf der Tagesordnung der Generalversammlung standen u. a. noch folgende Punkte: „Eine Verständigung mit den Fabrikanten zu treffen, daß nur wirkliche Spezialgeschäfte direkt beliefert werden, also alle anderen Lieferungen nur durch die ausländischen Vertreter zur Ausführung kommen dürfen.“ „Einführung eines einheitlichen Arbeitsausweisformulars und Verpflichtung der Verbandsmitglieder untereinander, keine Plattenleger anzustellen, die nicht einer ordnungsmäßigen Arbeitsausweis vorliegen.“ Diese Punkte wurden in Anbetracht der bevorstehenden Verschmelzung von der Tagesordnung abgesetzt, ihre Durchführung soll später aber um so energischer in Angriff genommen werden.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

„Selbstgeschaffene Gefahr“ oder Betriebsunfall? Ein 20 Jahre alter Maurer wurde, wie wir dem „Vorwärts“ entnehmen, mit seinen Kollegen vom Regen überfaßt und begab sich mit diesen von dem Neubau in die Dautbude. Als der Regen aufhörte, begab sich alles wieder an die unterbrochene Arbeit auf dem gewöhnlichen Wege zurück. Nur der junge Mann trennte sich von seinen Arbeitskollegen und übersprang einen im Wege liegenden Schutzhaufen, um ein Stück Werkzeug gleich mitzunehmen. Hierbei kam er zu Fall, stürzte hin und zog sich eine ziemlich schwere Verletzung zu. Die Bauergewerkschaftsgenossenschaft beurneinte, daß ein Betriebsunfall vorliege, da der Verletzte sich selbst in Gefahr begeben habe, weil er gar nicht nötig hatte, den gefährlichen Sprung über den Schutzhaufen zu wagen. Auch das Schiedsgericht erklärte, daß ein Betriebsunfall nicht vorliege, da sich der Verletzte selbst „außer Betrieb“ gesetzt habe, indem er einen anderen Weg eingeschlagen und den Schutzhaufen ohne jeden Grund übersprungen habe!

Anders sahte das Reichsversicherungsamt die Sache auf; es beurteilte die Verursachungsgenossenschaft zur Zahlung einer Rente von 40 p. J., da ein Betriebsunfall im Sinne des Gesetzes wohl vorliege. In dem Urteile heißt es u. a.:

„Zunächst kann dem Entstehungsgrunde des Schiedsgerichts, daß kein Betriebsunfall vorliege, nicht beigetreten werden. Es handelt sich vielmehr um einen Unfall, der nicht bloß während der Betriebszeit — nämlich nach Wiederaufnahme der durch Regenwetter unterbrochen gebliebenen Arbeit — und auf der Betriebsstätte — nämlich auf dem Grundstücke, auf dem der Neubau errichtet wurde, zwischen diesem selbst und der Dautbude — sich ereignet hat, sondern der auch durch Gefahren des Betriebes verursacht worden ist. Waren nämlich die Bauarbeiter, zu denen der Kläger gehörte, genötigt, um das zur Arbeit erforderliche Werkzeug zu holen, den Gang vom Neubau zur Bauhütte zu machen, so setzte sich der Kläger nicht dadurch außer Betrieb, daß er statt einem im oder am Grunde liegenden Schutzhaufen von etwa einem halben Meter Höhe zu umgehen, darüber hinwegsprang, und dies auch dann nicht, wenn der Schutzhaufen nicht unmittelbar am Wege gelegen haben sollte. Solche geringfügigen Abweichungen vom Verhalten eines stets nach der Norm handelnden Menschen seiens eines Verletzten lösen nicht den Zusammenhang mit dem Betrieb.“

Der junge Mann kann von Glück sagen, daß das Reichsversicherungsamt ihm eine Rente zugesprochen hat; aber nötig war der Sprung über den Schutzhaufen doch wohl nicht. Wir möchten den Arbeitern dringend raten, solche Turnübungen doch lieber zu unterlassen.

Polizei und Gerichte.

Ein Freispruch in Breslau. Ja, es ist wahr, und es handelt sich wirklich und wahrhaftig um einen organisierten Maurer, der von dem Vergehen gegen die §§ 152 und 163 der Gewerbeordnung freigesprochen wurde. Der Kollege Wilhelm Pletsch sen., Vertrauensmann der Zählstelle Schönborn, war angeklagt, den Maurer Heinrich Niemer durch Drohung und Ehrverletzung oder durch Verurteilung zu bestimmen versucht zu haben, an Verabredungen und Vereinigungen zum Schutze der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, nämlich dem Verbands der Maurer, teilzunehmen. Außerdem war auch noch der Kollege Scholz der gleichen Frevel angeklagt; er wußte sich aber dem Arme der Breslauer Gerechtigkeit zu entziehen, indem er schleunigst farb. Der Niemer war ein arger Schelm, der den Staatsanwalt greulich angelogen hatte; denn in der Hauptverhandlung am 21. Februar vor dem Schöffengericht in Breslau stellte sich heraus, daß ihm überhaupt nichts geschehen war. Er arbeitete auf einem Bau- und wurde von Pletsch aufgefordert, sein Verbandsbuch mitzubringen. Das tat er denn auch, nur war auch nicht ein Beitrag darin quittiert. Selbstredend wurde er auf seine Pflicht hingewiesen; er ging dann zum Verbandsbureau, kam aber nach einer Weile total vollgepfiffen wieder zum Bau zurück. Nach einem mißglückten Versuch, den Kollegen Pletsch beim Unternehmern zu denunzieren, verließ er die Baustelle und ging zu einem Schuhmann, der sich natürlich sofort seiner annahm und das weitere besorgte. In der Verhandlung kam der Schwindel Niemers so drastisch zu Tage, daß der öffentliche Ankläger selber Freisprechung beantragte; das Gericht fällte ein dementsprechendes Urteil.

Die Polizei in den Ostmarken. Im Juli vorigen Jahres hatte Kollege Wladoski aus Graubenz in Neumarkt in Westpr. eine Zählstelle unseres Verbandes gegründet. Dabei wurde er von der Polizei auf Schritt und Tritt verfolgt.

Die Behörden von Neumarkt hatten es sich zur Aufgabe gemacht, im Interesse der Unternehmer alles zu tun, um die verhasste Organisation nicht aufkommen zu lassen. Als dies alles nichts nützte, als unsere Kollegen sogar eine Lohnbewegung mit vollem Erfolg durchgeführt hatten, da war man bei der Polizei aus dem Häuschen. Gegen Kollegen Wladoski aus Graubenz und gegen Kollegen Jozefowski aus Neumarkt wurde auf Grund des preussischen Vereinsgesetzes, §§ 1 und 12, Klage angehängt. Kollege Wladoski sollte in zwei Versammlungen als Redner aufgetreten sein, Jozefowski dagegen zu diesen Versammlungen eine Wohnung hergegeben haben, ohne daß in beiden Fällen die polizeiliche Anmeldung erfolgt sei. Als Zeugen waren erschienen der Gendarmenwachmeister Girschfeld und Kollege Raspietski, die gefunden hatten, den Kollegen Wladoski als Redner in einer Versammlung am 22. Juli 1907 gehört zu haben. Zeuge Raspietski sagte unter seinem Eide aus, Wladoski habe bei Jozefowski zu Mittag gegessen, sei aber nicht als Redner oder Leiter einer Versammlung aufgetreten. Gendarm Girschfeld sagte auf Befragen, daß Wladoski an dem Tage in der Wohnung des Jozefowski gewesen; er persönlich habe ihn nicht sprechen hören. Auf Befragen, weshalb er es denn angezeigt habe, sagte der Gendarm, der Landrat habe ihm dazu geraten. Die zweite Versammlung soll am 29. Juli 1907 ebenfalls in der Wohnung des Jozefowski gehalten haben. Hier traten als Zeugen auf: Stadtwachmeister Jagat, Maurerpolizei Girschfeld und der Maurer Stanfiewich. Die letzten beiden Zeugen befanden sich wiederum, von einer Versammlung nichts zu wissen. Stadtwachmeister Jagat sagte, er habe gesehen, daß Wladoski in der Wohnung geschrieben habe, er habe ihn aber nicht sprechen hören. Hierauf fragte der Ankläger den Zeugen Jagat, weshalb er es denn angezeigt hätte? Darauf erklärte selbiger, der Bürgermeister hätte ihn dazu beauftragt. Der Bürgermeister, der gleichzeitig Amtsanwalt ist, und Vertreter der Anklage war, mußte nun hören, was sein ihm unterstellter Beamter vor Gericht auslegte, er hat den Sachverhalt vorhergeprüft, aber doch Anklage erhoben! Die beiden Kollegen wurden auf Antrag des Amtsanwalts in beiden Fällen freigesprochen. Jedes Wort der Kritik würde die Wartung dieses Bildes von osnartischer Gerechtigkeit nur abschwächen.

Zu dieser Neumarkter Geschichte gehört aber noch dies: Der Gendarm Paulus aus Neumarkt versuchte in der Zeit, als Wladoski seine Tätigkeit in Neumarkt ausübte, die Maurer dadurch abzuwehren, daß er die Agitatoren betrug, nannte, die die Maurer um ihr Geld betrügen. Wladoski stellte gegen diesen Herrn Strafantrag. Am 28. Februar wurde der Herr Gendarm vom Kriegsgericht der 36. Division in Deutsch Eylau zu der geringsten zulässigen Freiheitsstrafe von zwei Jahren geldtem Arrest verurteilt. Also doch! Wir wollen es laut ins Land rufen: In Preußen ist ein Gendarm wegen Beleidigung eines Maurers bestraft worden. Also halten die Kriegsgerichte doch noch etwas auf die Ehre eines Maurers. Ob sich der Gendarm, noch einmal zum Verbreiter dergleichen gemeiner Lügen verleiten lassen wird? Hoffentlich hütet er sich.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Euttgart, Paul Singer) Heft 23 des 26. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Sag an, du Wolf! — Bemerkungen zur Nationalitätenfrage. Von Otto Bauer. — Der Kampf um das Wahlrecht. Von Eugen Bräuer (Röhm). — Neue Industrien. Von P. J. J. — Literarische Rundschau: Luigi Parzini, Peking-Paris im Automobil. Von K. K. — The Daily Mail Year Book. Reformers Year Book for 1908. The Socialist Annual 1908. Von J. A. K. — Das Schulzimmer. Von h. seh. — Notizen: Die Auswanderung aus Italien. Von Dr. J. Sz. — Reichsgerichtsentscheidungen. Von Oda Olberg. — Bibliographie des Sozialismus.

Die „Gleichheit“ (Euttgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 5 des 18. Jahrgangs. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 \mathfrak{M} ; durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 \mathfrak{M} , unter Kreuzband 55 \mathfrak{M} . Jahresabonnement \mathfrak{M} 2,60.

Der „Wahre Jacob“ Nr. 5 des 25. Jahrgangs. Sie enthält zunächst ein vorzügliches Porträt des verstorbenen Genossen Karl Klotz nebst einem warm empfundenen Nachruf. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir ferner die beiden farbigen Bilder „Wochensicht“ und „Mischunitwisch“. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 \mathfrak{M} .

Briefkasten.

Waldenburg i. Schl. und Walsungen. Berichte konnten nicht aufgenommen werden, da das Papier auf beiden Seiten beschränkt war.

A. 2. 129 482. Der Gutsherr kann nicht haftbar gemacht werden und wenn der Arbeiter sich nicht selbst gegen Krankheit versichert hat, so muß er die Kosten für Arzt und Arznei während der ersten 13 Wochen selbst zahlen, da die lands- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft bei einem Unfall erst nach Ablauf von 13 Wochen eintritt.

Diesdorf, S. 6. In dem Bericht in Nr. 2 heißt es: „Nach jeder Aussprache beschloß man, zum nächsten Verbands-Tag einen Antrag zu stellen, wonach Gehaltsverhöhnungen und Extrabeiträge nur durch Urabstimmungen herbeigeführt werden können.“ Nach Deinem Schreiben hätte es aber heißen sollen: „Die Verammlung ist der Meinung, daß in solchen schwerwichtigen Sachen, die Gehaltsverhöhnungen und Extrabeiträge, eine Urabstimmung notwendig erhoben wäre, und daß zum nächsten Verbands-Tag ein diesbezüglicher Antrag zu stellen sei.“ Da Du der Meinung bist, das erste sei der „reine Hohn“ auf das zweite, so haben wir beides gegenübergestellt, um Dich zu überzeugen, daß der Unterschied ganz unwesentlich und jedenfalls nur auf eine Unklarheit im Bericht zurückzuführen ist. Und deswegen so kurze Worte? Wir danken!

Elche, Nr. 173 520. Ein erhöhtes Krankengeld hat Du nur dann von 29. Krankheitsstage an zu beantragen, wenn die Krankheit durch einen Betriebsunfall hervorgerufen ist. Wenn das bei Dir zutrifft, so wende Dich damit an den Kassenvorstand.

M. 6. Kritisch wollen wir die Sache zur Zeit nicht behandeln. Nur eine kurze Anmerkung sollten wir ein.

Gernrode, S. 8. Wenn die Gewerkschaften das Nachlernen für erforderlich hält, so wird der Betreffende sich dieser Anordnung kaum entziehen können, es sei denn, er verweigert auf die Ablegung einer Geistesprüfung.

Nr. 458 004. Reiseflohen können nur verlangt werden, wenn Reiseflohe, Bürgermeisteramt oder Berufsgehilfen auf die Reise angeordnet haben.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zählstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 16 \mathfrak{M} .)

Achim. Am 1. März starb unser Kollege **Wilhelm Becker** im Alter von 26 Jahren an Influenza.
Breslau. Am 3. März starb unser treuer Verbandskollege **Gustav Hermann** im Alter von 37 Jahren an Herzleiden und Wasserhuf.
Bodum-Gattungen. Am 2. März starb unser treuer Verbandskollege **Hermann Gladick** im Alter von 22 Jahren an Blinddarmentzündung.
Bronberg. Am 5. März starb unser Kollege **Georg Neumann** im Alter von 43 Jahren an Lungenerkrankung.
Gummersdorf. Unser seit dem 8. Januar vermisster Verbandskollege **Heinrich Latzke** ist im Alter von 50 Jahren freiwillig aus dem Leben geschieden.
Dresden. Am 21. Februar starb unser Verbandsmitglied **Robert Pohle** aus Herzogswalde im Alter von 55 Jahren an Lungenerkrankung.
Karlruhe. Teufelneuer. Am 5. März starb unser treuer Verbandskollege **Karl Mainzer** im Alter von 38 Jahren an den Folgen eines Unfalles beim Einfließen eines brennenden Hautes.
Lübeck. Am 1. März starb nach schwerer Krankheit unser Kollege **H. Krause** im Alter von 32 Jahren an Tuberkulose.
Münster. Am 3. März starb der Kollege **Ignatz Erker** im Alter von 26 Jahren an der Proletariatskrankheit.
Obersloer. Am 1. März starb unser treuer Verbandskollege **Johanne Stoffers** im Alter von 35 Jahren an Lungenerkrankung und Wasselenz.
Regenwalde. Am 4. März starb unser treuer Verbandskollege **Otto Kurth** im Alter von 21 Jahren an Lungenerkrankung.
Reichsmühl. Am 4. März starb unser Verbandskollege **Paul Bahrow** im Alter von 34 Jahren an Halschwindel.
Ehre ihrem Andenken!

Kiel. Zählstelle Gaarden. Erster Vorsitzender: **Christian Kroll**, Oberbeck, Buchholzer 28. Erster Kassierer: **Wilhelm Klüner**, Gaarden, Gansstr. 41. Ein- und Ummeldungen werden nur jeden Sonnabend von 8 bis 10 Uhr im Vertikalsaal bei Tröst sowie in den Versammlungen im „Kaisersaal“ entgegengenommen.
[M. 2,10] Der Vorstand.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonnabend, den 14. März.

Kahla. Abends 6 Uhr im „Ratsecker“. Referent anwesend.

Sonntag, den 15. März.

Croppenstedt. Nachm. 4 Uhr bei Witte.

Fürstenwalde. Vorm. 10 Uhr in der „Hörschule“.

Neudamm. Nachm. 3 Uhr im „Hotel Kaiserhof“. Referent anwesend.

Schweiditz. Nachm. 5 Uhr im Arbeiterkasino.

Montag, den 16. März.

Berlin. Bezirk Norden I und II. Abends 8 1/2 Uhr bei Oblig, Schwedter, Straße 29/30. Wichtige Tagesordnung.

Dienstag, den 17. März.

Altendurg. Abends 6 Uhr im „Schwarzen Adler“.

Mittwoch, den 18. März.

Berlin. Bezirk Süd + West. Abends 8 1/2 Uhr Mittendammstr. 16. Tagesordnung: Wahl der neuen Verbandsleitung. Berichte aus Vertretervereinigungen. Verschiedenes.

Donnerstag, den 19. März.

Grünberg i. Schl. Abends 8 1/2 Uhr in Adams Lokal.

Sonnabend, den 21. März.

Aken. Abends 8 1/2 Uhr in der „Herberge zur Heimat“.

Sonntag, den 22. März.

Jessen. Nachm. 3 Uhr bei Ernst Müller, Schloßberg 616. Verbandsbesitz.

Unterweissbach. Nachm. 3 Uhr „Rur Some“ in Welfenbach. Von Mitgliedern: 2 bis 3 Uhr Verbandsbesitzung. Referent anwesend.

Würzburg. Vorm. 10 Uhr im „Eichen“. Beitragsbesprechung.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Rur & Co. in Hamburg.